



Nr. 276 | 01.06.2021

Polen-Analysen

30 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag I

ANALYSE	
Von der Grenze der Versöhnung zur Grenze als Ressource. 30 Jahre deutsch-polnische grenzüberschreitende Zusammenarbeit – Versuch einer Bilanz	2
Elżbieta Opiłowska, Universität Wrocław, Breslau	
KOMMENTAR	
Möglichkeiten einer deutsch-polnisch-tschechischen Zusammenarbeit	7
Martin Svárovský, European Values Center for Security Policy, Prag	
Der deutsch-polnische Vertrag – das Erbe lebt weiter	9
Tomáš Strážay, Slovak Foreign Policy Association, Bratislava	
Die deutsch-polnischen Beziehungen aus ungarischer Sicht	10
Daniel Hegedüs, German Marshall Fund of the United States, Berlin	
UMFRAGEN	
Die grenznahen Kooperationen von Polen und seinen Nachbarn	12
STATISTIK	
Covid-19 in Polen (Stand: 31. Mai 2021)	18
CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 18. – 31. Mai 2021	22
CHRONIK	
18. – 31. Mai 2021	23
VERANSTALTUNG	
Von der Versöhnung zur Alltäglichkeit? 30 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft. Konferenz	25

Von der Grenze der Versöhnung zur Grenze als Ressource. 30 Jahre deutsch-polnische grenzüberschreitende Zusammenarbeit – Versuch einer Bilanz

Elżbieta Opilowska, Universität Wrocław, Breslau

DOI: 10.31205/PA.276.01

Zusammenfassung

Die im Jahr 1945 auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens festgelegte deutsch-polnische Grenze trennte mehrere Jahrzehnte lang die im Grenzgebiet lebenden Deutschen und Polen. Obgleich in der Zeit des Kommunismus grenzübergreifende Kontakte zwischen den lokalen Behörden, den Betrieben, Schulen und anderen Institutionen entwickelt wurden, trug diese Phase nur wenig zur deutsch-polnischen Versöhnung bei und wurde von der kommunistischen Propaganda von sozialistischer Völkerfreundschaft und Frieden dominiert. Erst der Zusammenbruch des kommunistischen Systems, die Wiedervereinigung Deutschlands, die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzvertrages sowie des Nachbarschaftsvertrages schufen eine solide Grundlage für den Aufbau grenzüberschreitender Beziehungen. Das Ziel dieser Analyse ist es, die Entwicklung der grenznahen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen in den letzten 30 Jahren nachzuzeichnen sowie den Einfluss dreier Kategorien zu untersuchen – des historischen Erbes, der Asymmetrie und der Interdependenz. Der Text stützt sich auf die Analyse von Experteninterviews, deutsche und polnische Dokumente sowie Literatur zum Thema.

Ein schwieriger Anfang

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, der Systemtransformation in Polen und der Wiedervereinigung Deutschlands begann eine neue Etappe in den deutsch-polnischen Beziehungen. Ein Neuanfang war es auch für das deutsch-polnische Grenzgebiet, das häufig als »Mikrokosmos« der europäischen Integration und als Lackmuestest für die bilateralen Beziehungen der beiden Regierungen betrachtet wird, da eben dort die große Politik auf die Alltagserfahrungen der Grenzbevölkerung stößt. Eine Grenzregion ist häufig Bühne für symbolische Ereignisse und Erinnerungspraktiken. In der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai 2004 trafen sich auf der Brücke zwischen Frankfurt (Oder) und Ślubice die damaligen Außenminister, Joschka Fischer und Włodzimierz Cimoszewicz, um gemeinsam den Beitritt Polens zur Europäischen Union zu feiern.

Das deutsch-polnische Grenzgebiet ist allerdings mit einem schwierigen historischen Erbe belastet: Es entstand infolge des Potsdamer Abkommens, einer Grenzverschiebung zwischen Deutschland und Polen in Richtung Westen und eines Bevölkerungstransfers. Die Tabuisierung des Problems der »Umsiedlung« in der DDR, der in der Volksrepublik Polen propagierte Mythos der »wiedergewonnenen Gebiete« sowie die Propaganda von der »sozialistischen Freundschafts- und Friedensgrenze« nahmen das Grenzgebiet ideologisch in Besitz und behinderten den Integrationsprozess der Bevölkerung beiderseits der Grenze. Besonders schmerzhaft spürten das die Polen, die an der westlichen Landesgrenze wohnten. Mit dem westdeutschen Revisio-

nismus erschreckt, lebten sie bis in die 1970er Jahre in dem Gefühl der Vorläufigkeit und in der Angst vor der Rückkehr der Deutschen, weshalb sie nur eine schwache regionale Identifikation ausbildeten. Ein erster Schritt in Richtung Annäherung war für die Bewohner der Grenzregion die Öffnung der Grenze für den pass- und visafreien Verkehr im Jahr 1972. Polen und Deutsche aus der DDR übertraten die Grenze massenhaft; Erstere vor allem um einzukaufen, Letztere hatten dagegen nun zum ersten Mal die Möglichkeit, ihre im Zuge des Krieges oder unmittelbar danach verlassene Heimat zu besuchen. Allerdings stellte sich bald heraus, dass die ostdeutsche Wirtschaft nicht auf den »Ansturm« polnischer Kunden vorbereitet war, und es wurde eine Reihe von Verschärfungen eingeführt. Zum Beispiel wurden die Summe des Geldumtausches beschränkt und polnische Kunden kontrolliert. Schließlich schlossen die Machthaber der DDR aus Angst vor den freiheitlichen Ideen der *Solidarność*-Bewegung im Jahr 1980 die Grenzen für die Polen. Und obwohl diese Phase auch mit negativen Erlebnissen deutsch-polnischer Begegnungen verbunden ist, war sie doch für viele Deutsche und Polen die erste Gelegenheit, das Nachbarland zu besuchen.

Doch erst die Veränderungen im Jahr 1989, die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzvertrages 1990 sowie des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit im Jahr 1991 legten ein dauerhaftes Fundament für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Artikel 12 des Nachbarschaftsvertrages unterstreicht die große Bedeutung »der partnerschaft-

lichen Zusammenarbeit zwischen Regionen, Städten, Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften, insbesondere im grenznahen Bereich« und verpflichtet beide Staaten, eine solche Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu erleichtern und zu fördern. Kraft des Vertrages wurde auch die Deutsch-Polnische Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit berufen, die in vier Ausschüsse – für regionale und grenznahe Zusammenarbeit, für interregionale Zusammenarbeit, für Raumordnungsfragen, für Bildungszusammenarbeit – unterteilt ist. Darüber hinaus schuf Deutschland 2004 das Amt eines »Koordinators für zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit«, dessen Aufgaben die Stärkung der gutnachbarschaftlichen Beziehungen und die Förderung grenzübergreifender Aktivitäten der Zivilgesellschaft, des Jugendaustausches, der Gemeinde- und Regionenpartnerschaften sowie die grenznahe Zusammenarbeit sind. Die polnische Regierung setzte ein vergleichbares Amt erst im Jahr 2014 ein und bestimmte dessen Aufgaben als »Koordination und Entwicklung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in der Grenzregion, Identifizierung und Management der im Grenzbereich auftauchenden Herausforderungen sowie Vorlegen von Entwicklungsvorschlägen für die polnischen und deutschen Grenzregionen«. Man kann also davon ausgehen, dass beide Staaten angemessene institutionelle Strukturen für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geschaffen haben. Aus meinen Interviews mit Experten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft, die auf der staatlichen, regionalen und lokalen Ebene für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zuständig sind, geht allerdings hervor, dass sowohl die bilaterale Regierungskommission als auch das Amt des Koordinators von den lokalen Akteuren eher als politische Symbole gutnachbarschaftlicher Beziehungen eingeschätzt werden, denn als tatsächliche Vermittlung im Integrationsprozess der Grenzregionen.

Darüber hinaus bedingen deutsche und polnische Rechtsakte den Umfang und die Form der Zusammenarbeit. Sie betreffen die Kompetenzen der lokalen und regionalen Behörden im Bereich der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit und des Beitritts zu grenzüberschreitenden Verbänden. Die grenznahe Zusammenarbeit ist aber nicht nur auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene geregelt, sondern auch auf europäischer. Bereits im Jahr 1980 verabschiedete der Europarat das »Europäische Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften«, das die Bundesrepublik Deutschland 1981 und Polen 1993 ratifizierten. Dessen Ziel ist es, Tätigkeiten zu unterstützen, die nachbarschaftliche Kontakte zwischen der Bevölkerung und den Behörden von Regionen stärken und ausbauen.

Der 30. Jahrestag der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages ist eine gute Gelegenheit, über die Fak-

toren nachzudenken, die die deutsch-polnische grenznahe Zusammenarbeit bestimmen. Die vorliegende Analyse geht aus dem Forschungsprojekt »Die multidimensionale Dynamik der bilateralen Beziehungen – Polen und Deutschland in der Europäischen Union« hervor, das vom Institut für Soziologie der Universität Wrocław (Breslau) und der Hertie School in Berlin durchgeführt und von der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung (DPWS) unterstützt wurde. Im Folgenden werden drei maßgebliche Faktoren untersucht, und zwar das historische Erbe, die Asymmetrie und die Interdependenz als Schlüsselkategorien für die bilateralen Beziehungen im deutsch-polnischen Grenzgebiet.

Das historische Erbe

Wie bereits erwähnt, war das deutsch-polnische Grenzgebiet in dieser Gestalt eine Folge des Zweiten Weltkrieges. Das Trauma der Aufteilung der deutschen Gebiete, der Bevölkerungsaustausch, die Politik der »Ent-Germanisierung und Re-Polonisierung« der Polen zugesprochenen westlichen und nördlichen Gebiete sowie der Mythos des Antifaschismus und die Abgrenzung von den Verbrechen des Hitler-Regimes in der DDR gehörten zum historischen Erbe, mit dem sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die lokale Verwaltung und Einwohner in den Grenzgebieten auseinandersetzen mussten. Daher war die deutsch-polnische Versöhnung in den ersten Jahren der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit das maßgebende Ziel vieler Initiativen, organisierter Begegnungen, Schüleraustausche und kultureller Ereignisse. Allerdings war der historische Ballast nicht nur ein Hindernis in den deutsch-polnischen Beziehungen. Viele Experten unterstreichen, dass gerade die »schwierige Vergangenheit« ein wichtiger Motor für die grenzübergreifenden Projekte war. Die gemeinsame Enthüllung »weißer Flecken« in der Geschichte, Diskussionen über traumatische Kriegserlebnisse, die Suche nach einer gemeinsamen Geschichte in den Grenzgebieten waren wesentliche Aktivitäten auf dem Wege des Aufbaus nachbarschaftlicher Beziehungen. Viele dieser Projekte wurden mit Blick auf die europäische Integration realisiert. Im Vertrag von 1991 hat sich Deutschland verpflichtet, Polen bei seinen Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu unterstützen (Art. 8). Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde als eine wichtige Etappe im Europäisierungsprozess betrachtet. Bereits in den 1990er Jahren wurden im westpolnischen Grenzgebiet vier Euroregionen festgelegt – die Euroregion Neiße-Nisa-Nysa, die Euroregion Spree-Neiße-Bober, die Euroregion Pro Europa Viadrina und die Euroregion Pomerania. Geteilte Städte wie Görlitz/Zgorzelec und Guben/Gubin erhielten den Titel Euro(pa)-Stadt. Zunächst allerdings betrachteten die Einwohner der Grenzgebiete die europäischen Initia-

tiven als Projekt, das von den Bürgermeistern und lokalen Eliten forciert wird. Sie brauchten mehr Zeit, um die negativen Stereotype über den Nachbarn zu überwinden und die positiven Seiten der grenznahen Zusammenarbeit wahrzunehmen.

Nach Ansicht meiner Gesprächspartner spielt das historische Erbe gegenwärtig keine größere Rolle mehr für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Vielmehr herrscht eine pragmatische Herangehensweise vor. Viele Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit betrachten das Schwinden der normativen Motivation allerdings als eine Gefahr. Das Fehlen eines moralischen Imperativs bewirke, dass in den Beziehungen Gleichgültigkeit dominiere und die Vorteile der offenen Grenze nicht wahrgenommen würden. Die seit 2020 herrschende Coronapandemie hat jedoch in einem bestimmten Bereich die Situation verändert: Die einstweilige Grenzschließung und Einführung von Grenzkontrollen haben vielen Einwohnern bewusst gemacht, wie sehr sich ihr Leben beiderseits der Grenze abspielt. Beispiele wären die Arbeitnehmer und Schüler, die über die Grenze pendeln, oder auch die täglichen Einkäufe und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen beim Nachbarn. Während der Proteste, die infolge der Grenzschließungen und Beschränkungen in den Grenzgebieten organisiert wurden, tauchten wieder Slogans auf, die sich auf die Idee des »gemeinsamen Europa«, der »offenen Grenze« und auf die »Sehnsucht nach dem Nachbarn« bezogen. Die offene Grenze wurde als verteidigungswürdiger Wert wahrgenommen.

Asymmetrien

Neben dem historischen Erbe haben Asymmetrien einen wesentlichen Einfluss auf die bilateralen Beziehungen. Unter einer Asymmetrie wird ein Ungleichgewicht zwischen Staaten und Regionen in geografischer, demografischer, wirtschaftlicher oder politischer Hinsicht verstanden. Der Vergleich verschiedener Indizes von Deutschland und Polen auf nationaler Ebene zeigt, dass sich die beiden Länder bei der Bevölkerungszahl, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, der militärischen Stärke und bezüglich der EU-Mitgliedschaft unterscheiden. Doch abgesehen von objektiven statistischen Daten, die Asymmetrien widerspiegeln, kann ein Ungleichgewicht auch in der gegenseitigen Wahrnehmung und den Stereotypen, die im Bewusstsein der Grenzbewohner verankert sind, bestehen. Vergleicht man die Grenzgebiete (was keine einfache Aufgabe ist, da es schwierig ist, diesen Bereich festzulegen), lässt sich feststellen, dass die Asymmetrie im Falle der deutsch-polnischen Grenzregionen am deutlichsten im wirtschaftlichen Bereich (BIP pro Kopf) ist. Das kann sich negativ auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auswirken, da dies zu unterschiedlichen Interessen beispielsweise bei der Durchführung europäischer Projekte

führen kann. Während die deutschen Akteure Innovationsprojekte im Bereich Hightech anstrebten, wollten die polnischen Antragspartner Infrastrukturinvestitionen realisieren.

Darüber hinaus hatte auch die Vorbereitung der EU-Mitgliedschaft Einfluss auf die deutsch-polnische Zusammenarbeit. Während die deutschen Grenzgebiete, die in der DDR lagen, nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 automatisch zur Europäischen Union gehörten, musste die polnische Seite tief greifende Reformen umsetzen, um ihre Verwaltungsstrukturen an die Erfordernisse der EU anzupassen (Selbstverwaltungsreformen im Jahr 1990 und 1998). Ähnlich wie im Falle der anderen mittelosteuropäischen Länder, versetzten die EU-Beitrittsvorbereitungen Polen in eine Beziehung der »asymmetrischen Interdependenz«, die den Akteuren der EU die Möglichkeit bot, Einfluss auf Polen (sowie auf die anderen Staaten Mittelosteuropas) auszuüben. Meinen Gesprächspartnern zufolge beeinflusste diese hierarchische Beziehung und eindeutige Einteilung in diejenigen, welche die Politik der Zusammenarbeit abstecken auf der einen Seite, und die passiven Empfänger auf der anderen Seite die deutsch-polnischen grenzüberschreitenden Beziehungen bis zum Jahr 2004. Mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union wurden die bilateralen Beziehungen zwischen den lokalen und regionalen Verwaltungseinheiten auf eine partnerschaftliche Basis gestellt.

Es gibt jedoch nach wie vor Asymmetrien, die die Umsetzung von grenzüberschreitenden Projekten deutlich erschweren. Sie liegen in den unterschiedlichen institutionellen Systemen begründet. In Deutschland, einem föderalen Staat, können viele Entscheidungen auf der Ebene des Bundeslandes getroffen werden, während die polnischen Behörden im Grenzgebiet von den Entscheidungen des Zentrums, Warschau, abhängig sind. Die administrativen Hürden beschränken die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit u. a. im Bereich der regionalen Rettungsdienste, des Transportes oder der Bildung.

Die Asymmetrie kann aber auch positiv gesehen werden und als Schwungrad für die Zusammenarbeit fungieren. Die lokalen Akteure sehen in der Entwicklung der grenznahen Zusammenarbeit eine Möglichkeit, Schwächen auf ihrer eigenen Seite zu überwinden. Daher wird der Standort an der Grenze als eine Ressource betrachtet, die sich für einen Entwicklungsschub nutzen lässt. Beispielsweise sind die Unterschiede bei Löhnen und Preisen ein Anreiz, auf die andere Seite der Grenze zu fahren und die Ressourcen und Angebote des Nachbarn zu nutzen. Motiviert von gemeinsamen Interessen und einer gemeinsamen Vision, haben die Grenzstädte Frankfurt (Oder) und Słubice eine gemeinsame Entwicklungsstrategie erarbeitet und im Jahr 2011 ein gemeinsames Büro beider Gemeinden in Frankfurt

(Oder) eröffnet – das Frankfurt-Słubicer Kooperationszentrum (*Słubicko-Frankfurckie Centrum Kooperacji*).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Asymmetrien einen ambivalenten Einfluss auf die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Grenzgebiet ausüben. Vor dem Beitritt Polens zur EU erschwerte die Asymmetrie in der gegenseitigen Wahrnehmung und die Hierarchie der eingenommenen Positionen die grenzübergreifende Zusammenarbeit und Kommunikation. Andererseits motiviert die wirtschaftliche Asymmetrie die Bürger, das Nachbarland aufzusuchen. Hier ergänzen sich die deutschen und polnischen Grenzregionen gegenseitig durch ihre Unterschiedlichkeit.

Interdependenz

Im Falle der deutsch-polnischen Grenzregionen wird die Interdependenz vor allem durch die Europäische Union generiert, die Strukturen schafft und finanzielle Mittel bereitstellt. Um Zugang zu den EU-Geldern für grenznahe Zusammenarbeit zu bekommen, entwickeln die lokalen Akteure Prozedere und Institutionen zur Koordinierung der transnationalen Beziehungen, was im Ergebnis zu gegenseitiger Abhängigkeit führt.

Institutionelle Strukturen wie die Euroregionen entwerfen und realisieren gemeinsame Handlungspläne und Entwicklungsstrategien und verwalten die zugewiesenen Mittel des EU-Kleinprojektfonds (KPF). Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird dabei als strategisches Ziel und Chance betrachtet, eine nachhaltige Entwicklung der Grenzregionen umfassend zu gewährleisten – im Bereich der Kommunikationsinfrastruktur, des Umweltschutzes, der Energiewirtschaft, des Erhaltes und Schutzes des kulturellen Erbes, der Entwicklung gemeinsamer Gesundheitsdienstleistungen, der Ordnungs- und Sicherheitsdienste, der Wissenschaft und Bildung und der Umsetzung eines grenzübergreifenden Tourismusmarketings.

Die deutsch-polnische Interdependenz in den Grenzregionen zeigt sich auch in den zahlreichen grenzübergreifenden Koordinationsgremien, den gemeinsamen Sitzungen der Stadträte der an der Grenze gelegenen Städte, in grenzübergreifenden wissenschaftlichen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen, Schulausschüssen, Seniorenakademien usw.

In der Überzeugung der Akteure der Grenzgebiete, dass die grenznahe Zusammenarbeit für beide Seiten von Vorteil ist, spiegelt sich auch eine soziale Interdependenz wider. Die Grenzregionen müssen sich mit vielen strukturellen Problemen auseinandersetzen wie der alternden Gesellschaft, der Migration junger Menschen, mangelhafter städtischer Infrastruktur oder einer geringen Wirtschaftsentwicklung. Eine effektive grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann manche Lösungen bieten, um die gemeinsamen Herausforderungen zu bewälti-

gen. Die Lage an der Grenze kann außerdem als originäre Eigenschaft dieser Regionen vermarktet werden, beispielsweise im Bereich Tourismus und Investitionen. Diese Besonderheit des Grenzgebietes wurde von meinen Gesprächspartnern aus Frankfurt (Oder) und Słubice als Trumpfkarte herausgestellt: »Ohne die Grenze wären Frankfurt (Oder) und Słubice wenig bekannte Städte. Das ist ein Erkennungszeichen, das zur Folge hat, dass die Städte in touristischer Hinsicht attraktiv sind, wenn beide Seiten berücksichtigt werden.«

Darüber hinaus unterstrichen die Gesprächspartner die Bedeutung der lokalen Akteure und ihrer Kompetenzen. Sprachkompetenzen, Offenheit und die Kenntnis der Arbeitskultur des Nachbarn werden als Schlüsselemente für eine gelingende grenzüberschreitende Zusammenarbeit genannt: »Sie [die Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, E.O.] sollten der anderen Seite gegenüber sehr offen sein, flexibel, offen auch für unvorhersehbare Situationen. Sogar wenn sie die Sprache nicht beherrschen, auf rechtliche Probleme stoßen, lassen sie sich nicht entmutigen, sondern suchen nach Lösungen. Das sind Kompetenzen, die Erfolge garantieren. Wichtig sind interkulturelle Kompetenzen und Sprachkenntnisse, aber wichtig ist auch Flexibilität beim Handeln und im Denken.«

Die interkulturellen Kompetenzen der lokalen Behörden tragen zur Entwicklung gesellschaftlicher Bindungen und gesellschaftlichen Kapitals bei. Das allerdings erfordert Zeit und Beständigkeit. Hier beklagen die deutschen Gesprächspartner, dass bei der Besetzung und Ausübung der leitenden Positionen in den polnischen lokalen Behörden und Wirtschaftsinstitutionen Kontinuität fehle. Der häufige Leitungs- und Personalwechsel auf der polnischen Seite erschwere eine effektive Kooperation, da die Partner auf beiden Seiten sich und ihre Arbeitsweise erst kennenlernen und Kontakte ganz neu knüpfen müssen, was wiederum Zeit erfordere und die Zusammenarbeit verlangsamt.

Meine Gesprächspartner unterstreichen, dass die europäischen Fonds eine große Rolle beim Aufbau grenzüberschreitender Kontakte spielen. Sie erlauben nicht nur die Realisierung vieler wichtiger Projekte, sondern auch die Unterhaltung von Büros und die Schaffung von Arbeitsstellen, die auf die grenznahe Zusammenarbeit ausgerichtet sind.

Wie blicken die Einwohner der Grenzgebiete auf die Zusammenarbeit und die realisierten europäischen Projekte? Im Jahr 2020 wurden Umfragen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter den Einwohnern der EU-Grenzgebiete durchgeführt (European Commission: *Cross-Border Cooperation in the EU*). Bei den deutsch-polnischen Grenzgebieten handelt es sich um die drei »Interreg grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme«: Deutschland/Brandenburg-Polen; Polen-Deutschland/Sachsen; Deutschland (Mecklenburg-Westpommern/Brandenburg)-Polen. Die Erhebungen

zeigen, dass die Einwohner dieser Gebiete nur wenig über die realisierten europäischen Programme wissen. Nur knapp 22 Prozent der deutschen und polnischen Befragten haben etwas über die grenzüberschreitenden Tätigkeiten gehört, die in ihrer Region dank europäischer Fördermittel realisiert wurden. Beunruhigend ist die Tatsache, dass die Anzahl der Befragten, die von EU-geförderten Initiativen gehört hat, seit dem Jahr 2015 (der vorangegangenen Umfrage) um fast 20 Prozent gesunken ist. Als Hindernisse für die grenznahe Zusammenarbeit nannten die Befragten vor allem die Sprache (ca. 77 Prozent), wirtschaftliche und soziale (53 Prozent), rechtlich-administrative (52 Prozent) sowie kulturelle Unterschiede (47 Prozent). Interessant ist, dass unter den Befragten der insgesamt 54 grenzübergreifenden geförderten Regionen die Befragten der deutsch-polnischen Grenzgebiete an der Spitze derjenigen standen, die die kulturellen und sprachlichen Unterschiede als größtes Problem betrachten. Im Vergleich zu der Umfrage im Jahr 2015 sank unter den Befragten des Programms »Polen-Sachsen«, die Zahl derjenigen, die kulturelle Unterschiede als Problem wahrnahmen, während sie in den beiden anderen deutsch-polnischen Interreg-Kooperationsprogrammen stieg.

Die Ergebnisse dieser Umfrage zeigen, dass trotz der großen Bedeutung, die die Experten den EU-Fonds zuschreiben, die Einwohner der Grenzregionen nur einen geringen Anteil der EU an der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wahrnehmen.

Fazit

Im Jahr 2021 wird der 30. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen begangen, der das Fundament für die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen legte. Für die Behörden der Grenzregionen bedeutete der Vertrag den Beginn einer neuen Ära für den Aufbau der grenzüberschreitenden Beziehungen und für die lokalen Gesellschaften das Ende der Ungewissheit und des »Sitzens auf den Koffern«.

Zunächst war das Hauptmotiv der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit die Versöhnung – die Enttabuisierung der Geschichte, die Überwindung von Vorurteilen und die Verarbeitung historischer Erfahrungen.

Sehr schnell wurden institutionelle Strukturen geschaffen wie die Euroregionen oder Partnerschaften zwischen den Zwillingsstädten an der Grenze. Der Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004 und zum Schengenraum im Jahr 2007 sowie die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Polen im Jahr 2011

hob die physische und administrative Grenze zwischen Deutschland und Polen deutlich sichtbar auf. Schrittweise wurde die Grenze nicht mehr als Barriere wahrgenommen, sondern als Ressource, die man für Marketing-Zwecke sowie zum Ausgleich der eigenen Defizite mit Hilfe des Potentials des Nachbarn nutzen kann.

Auf der Grundlage der geführten Interviews und der Analyse von Dokumenten lässt sich feststellen, dass die bilateralen Beziehungen auf subnationaler Ebene als stabil bezeichnet werden können, verankert in EU-Programmen und institutionalisierten grenzübergreifenden Strukturen, wie den Euroregionen oder Partnerstädten. Ebenso lassen sie sich als widerstandsfähig gegenüber Veränderungen und Beeinträchtigungen auf nationaler Ebene beurteilen. Die Abkühlung der deutsch-polnischen zwischenstaatlichen Beziehungen seit der politischen Wende in Polen im Jahr 2015 hat nach Einschätzung der Experten aktuell keinen direkten Einfluss auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Allerdings hat sich die Atmosphäre der Zusammenarbeit dahin gehend verändert, dass sie nicht mehr so förderlich für die Realisierung deutsch-polnischer Projekte ist.

Was die Determinanten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit betrifft, so fungieren die Asymmetrie und das historische Erbe sowohl als motivierender als auch als erschwerender Faktor für die grenznahe Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang kann die Interdependenz, die im grenzüberschreitenden Bereich vor allem durch die europäischen Programme und Fonds geschaffen wird, als stärkster von oben kommender Faktor bewertet werden, der grenzüberschreitende Initiativen weckt. Die deutschen und polnischen Akteure nehmen die grenzüberschreitenden Aktivitäten als nützlich für beide Seiten wahr. Die Zusammenarbeit ist bereits Normalität und Routine, die nach Meinung der Experten sogar fortgesetzt werden wird, wenn es keine Unterstützung mehr aus den europäischen Fonds geben sollte.

Insgesamt arbeiten die Deutschen und Polen auf subnationaler Ebene trotz nationaler Unterschiede, innenpolitischer Veränderungen und Corona-Pandemie zusammen. Die gemeinsame Abhängigkeit von europäischen Fonds und institutionellen Strukturen, die Anerkennung des beiderseitigen Nutzens der Zusammenarbeit, aber auch das gesellschaftliche Kapital, das in den letzten 30 Jahren aufgebaut werden konnte, gewährleisten die beiderseitigen Verbindungen. Die Perspektive der lokalen Akteure gibt ein Zitat aus einem meiner Interviews wieder: »Wir sitzen im gleichen Boot.«

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Diese Analyse ist die leicht veränderte und aktualisierte Kurzfassung des Kapitels »Determinants of the Cross-border Cooperation in the German-Polish Borderland«, das in dem Buch »Poland and Germany in the European Union. The Multidi-

mensional Dynamics of Bilateral Relations», hrsg. von Elżbieta Opilowska und Monika Sus, Routledge Advances in European Politics 2021, erschienen ist.

Über die Autorin

Prof. Dr. Elżbieta Opilowska, Soziologin, leitet am Institut für Soziologie der Universität Wrocław (Uniwersytet Wrocławski, Wrocław/Breslau) das Zentrum für Regional- und Grenzraumforschung. Schwerpunkte ihrer Forschung sind die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa und die EU-Regionalpolitik, die deutsch-polnischen Beziehungen und das kulturelle Gedächtnis.

KOMMENTAR

Aus Anlass des 30. Jahrestages des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages hat die Redaktion der Polen-Analysen um einen Kommentar zu den deutsch-polnischen Beziehungen aus tschechischer Sicht gebeten.

Möglichkeiten einer deutsch-polnisch-tschechischen Zusammenarbeit

Martin Svárovský, European Values Center for Security Policy, Prag

Polen spielt in den außenpolitischen Beziehungen Deutschlands eine wichtigere Rolle als die Tschechische Republik. Dies wurde gleich nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems deutlich, als Polen den Verhandlungen des Zwei-plus-Vier-Vertrages (»Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland«) beiwohnte. Die Bedeutung Polens wurde auch im Vorfeld der EU-Beitrittsverhandlungen klar, als unterschiedlich eng gefasste EU-Erweiterungen abgewägt wurden. Zu den am besten vorbereiteten Ländern wurden die Tschechische Republik, Slowenien und die baltischen Staaten gezählt. Deutschland machte – was irgendwie logisch war – deutlich, dass es eine erste EU-Erweiterung entweder mit Polen geben werde oder überhaupt keine.

Die Ostpolitik der Europäischen Union

Die Kooperation mit Polen im Rahmen der europäischen Ostpolitik war sogar in den deutschen Koalitionsvereinbarungen verankert. Auf der anderen Seite ist die deutsche historische Bürde gegenüber Polen größer als gegenüber Tschechien. Tschechien hat zudem bessere politische Beziehungen auf der regionalen Ebene aufgebaut, zum Beispiel zu Sachsen oder Bayern.

All dies sollte aber nicht als Wettbewerb eingeordnet werden. Im Gegenteil, die Möglichkeiten wechselseitiger tschechisch-polnischer Synergien und Bemühungen zur Entwicklung einer intensiven Kooperation zwischen Polen, Deutschland und der Tschechischen Republik sollten genutzt werden. Die Tschechische

Republik und Polen teilen mit Deutschland zwar nicht denselben Ansatz, was Osteuropa betrifft. Wenn die Tschechen und Polen aber die Östliche Partnerschaft am Laufen halten wollen, ist Deutschland unverzichtbar. Abgesehen von Expertise, dem Aufbau von Institutionen, Flaggschiff-Initiativen und der beharrlichen Vertretung des Standpunktes, dass das Konzept der Östlichen Partnerschaft für die gesamte EU attraktiv ist, ist es nichts weniger als Geld, das zählt. Die Tschechische Republik und Polen waren beide Befürworter eines größeren Anteils von EU-Mitteln für die Programme der Östlichen Partnerschaft. Ohne die Unterstützung Deutschlands können wir die Rolle des Befürworters nicht spielen. Große Länder wie die Ukraine brauchen ebenfalls enorme ausländische Investitionen. Die Tausenden von deutschen Unternehmen, die in der Ukraine investieren, spielen eine entscheidende Rolle. In einigen Bereichen wie beispielsweise im Gesundheitswesen sind deutsche Investitionen eine wesentliche Vorbedingung für Erfolg.

Ein wichtiger Indikator für die Bedeutung der deutsch-polnischen Kooperation im Bereich der europäischen Ostpolitik war, inwieweit Polen als gleichberechtigter Partner im französisch-deutsch-polnischen Format akzeptiert wurde. Genau das stand hinter der polnischen Strategie, im Tausch für die »Erwärmung« der deutsch-russischen Beziehungen (2008–2011) zu erreichen, dass das Weimarer Dreieck der entscheidende Akteur für die Gestaltung der europäischen Politik gegenüber Russland sei. Ein polnischer Erfolg in diesem Bemühen wäre im Interesse der Vis-

grád-Gruppe und der baltischen Staaten. Doch schlug die Strategie mehrmals fehl, nicht zuletzt wegen des französischen Widerstands. Die Einrichtung des Normandie-Formats (Deutschland, Frankreich, Russland, Ukraine) ohne Polen war für diese Strategie ein großer Dämpfer.

Sicherheit und Verteidigung

Trotz Diskrepanzen auf der politischen Ebene nimmt Deutschland eine solide Position in Sachen Sicherheit und Verteidigung an der NATO-Ostflanke ein. Die »Battlegroup« der *Enhanced Forward Presence (EFP)* in Litauen wird von Deutschland als einer Rahmennation geführt. In Friedenszeiten trainieren die multinationalen NATO-Gefechtsverbände zusammen mit den litauischen Streitkräften. Deutschland gehört zusammen mit den USA, dem Vereinigten Königreich, Schweden, Belgien, Norwegen und Israel zu den größten militärischen Unterstützern in den baltischen Staaten.

Tschechen und Polen mussten die Tatsache akzeptieren, dass sich die deutsche oder französische Gefahreinschätzung von derjenigen der Länder an der NATO-Ostflanke mit einer Grenze zu Russland unterscheidet. Einer der Gründe ist, dass Russland sie nicht in derselben Weise bedroht. Ein weiterer Grund ist, dass die Gefahreinschätzung nicht nur auf der Einschätzung der Gefährlichkeit des Gegners beruht, sondern auch die Einschätzung der eigenen Stärke miteinbezieht. Aufgrund der deutlich unterschiedlichen Gefahreinschätzung können Tschechen und Polen mit Blick auf die Widerstandskraft an der NATO-Ostflanke in erster Linie an die europäische Solidarität appellieren. Solidarität ist dabei keine Einbahnstraße – gleichzeitig müssen sich die Staaten an der NATO-Ostflanke solidarisch mit der westeuropäischen NATO- oder der EU-Agenda zeigen. Nur das berechtigt sie, Gegenseitigkeit zu fordern. Es war daher ein strategischer Fehler der Visegrád-Staaten, die Flüchtlingsquote der Europäischen Union abzulehnen.

Die Abschreckungsstrategie der NATO muss der Vollständigkeit halber auch eine robuste *Follow-on Force* umfassen, die zum Bereitschafts- und Mobilitätspotential der NATO gehört. Das Rahmennationenkonzept (*Framework Nation Concept – FNC*) kann Teil der Lösung sein. Das *FNC* demonstriert, dass sich Deutschland entschieden hat, mehr Verantwortung für den europäischen Teil der NATO zu übernehmen. Deutschland, der zweitgrößte Akteur bei NATO-Auslandsmissio-

nen und -operationen, stellt Kräfte und Strukturen für Fähigkeitscluster bereit und engagiert sich bei der Vorbereitung von *Follow-on-Forces* innerhalb des Rahmennationenkonzepts. Die Stärkung der europäischen Ambitionen der NATO liegt im strategischen Interesse Polens und der Tschechischen Republik.

Das Potential des Rahmennationenkonzepts zur Verbesserung der Interoperabilität der deutschen, tschechischen und polnischen Streitkräfte sollte weiterentwickelt werden. Es gibt bereits direkte Kooperationen zwischen deutschen und tschechischen sowie deutschen und polnischen Kampfteinheiten. Polnische Soldaten trainieren mit ihren deutschen Kollegen im Rahmen von NATO-Übungen und solche Kooperationen werden auch auf bilateraler Ebene ins Auge gefasst.

Die Haushaltsdisziplin der EU

Bei den Verhandlungen über den mehrjährigen EU-Finanzrahmen spielt Polen heute die wichtigste Rolle unter den »neuen« EU-Mitgliedsländern. Dies ist der einzige Bereich, in dem ich divergierende Interessen in Tschechien und Polen sehe. Die Tschechische Republik, eine entwickelte Industrienation, sollte kein Mitglied der von Polen angeführten Gruppe der »Kohäsionsfanatiker« mehr sein.

In der näheren Zukunft der Europäischen Union sind keine Reformen zu erwarten, die Änderungen in den Verträgen erfordern würden. Für die Tschechische Republik und Polen ist es nicht entscheidend, dass Armin Laschet stärker auf ein föderales Europa ausgerichtet ist als Markus Söder. Wesentlicher ist die Haltung der beiden zur europäischen Wirtschaftspolitik. Wer von den beiden wird der Nachfolger der politischen Linie von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble, also Haushaltsdisziplin und Investitionen in Technologien als Wachstumsquelle für die europäische Wirtschaft? Wer, auf der anderen Seite, wird mehr zum franco-sozialistischen Konzept der massiven Finanzspritzen für die europäische Wirtschaft tendieren? Was den Euro oder die Zukunft der Eurozone betrifft, stimmen die polnischen und tschechischen Interessen mit den deutschen überein. Es liegt in unserem Interesse, dass Deutschland keine Vergemeinschaftung der Schulden unterstützt. Das würde eine Zukunft in der Eurozone sowohl für Polen als auch für Tschechien unmöglich machen.

Übersetzung aus dem Englischen: Silke Plate

Über den Autor

Martin Svárovský ist Leiter des Security Strategies Program beim Thinktank *European Values Center for Security Policy*, Prag (Tschechien) sowie Berater des Vorsitzenden des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten im tschechischen Parlament.

Aus Anlass des 30. Jahrestages des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages hat die Redaktion der Polen-Analysen um einen Kommentar zu den deutsch-polnischen Beziehungen aus slowakischer Sicht gebeten.

Der deutsch-polnische Vertrag – das Erbe lebt weiter

Tomáš Strážay, Slovak Foreign Policy Association, Bratislava

Als die Repräsentanten Polens und Deutschlands den deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit (1991) unterzeichneten, machten sie einen großen Schritt in Richtung freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Zusätzlich gaben sie anderen Ländern in der weit gefassten Region Mitteleuropa ein Beispiel. Von Verträgen dieser Art wird immer erwartet, dass sie das Fundament für die Entwicklung gegenseitiger Beziehungen zwischen Nachbarn legen und die Annäherung zwischen den Menschen und Nationen unterstützen, die auf beiden Seiten der Grenze leben. Indessen braucht es weitere Initiativen, denn die Annäherung besteht nicht in dem einen Akt, sondern ist als Prozess zu verstehen, welcher der fortlaufenden Aufmerksamkeit beider Seiten bedarf.

Aus historischer Perspektive gehörten die deutsch-polnischen Beziehungen zweifellos zu den konfliktreichsten in Europa. Durch die Vertragsunterzeichnung zeigten die politisch Verantwortlichen von Deutschland und Polen deutlich, dass sie lieber in die Zukunft blicken, als die bitteren Kapitel der Vergangenheit wieder zu öffnen. Das hatte bedeutende Auswirkungen auf die Region Mitteleuropa, die stabil blieb und in der keine offenen Konflikte zutage traten. Gleichzeitig war der Anfang der 1990er Jahre in den Nachbarregionen Ost- und Südosteuropa nicht nur von der Euphorie der (wieder-)erlangten Freiheit geprägt, sondern auch von Tendenzen der Desintegration und Gewaltausbrüchen im ehemaligen Jugoslawien sowie der Sowjetunion.

Der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen war auch für die damalige Tschechoslowakei von wesentlicher Bedeutung. Der deutsch-polnische Vertrag ging dem Vertrag voraus, der zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1992 geschlossen wurde. In gewisser Weise waren die Entwicklungen zwischen Deutschland und Polen eine Inspiration für die Tschechoslowakei und später die Slowakei.

Die Trennung der tschechoslowakischen Föderation führte zu der Situation, dass die unabhängig gewordene Slowakei keine direkte Grenze mit Deutschland hat. Trotzdem fasste die Slowakei Deutschland weiter als ihr Nachbarland auf. Natürlich waren Deutschland und Polen auch an der Entwicklung der slowakisch-ungari-

schen Beziehungen interessiert, da diese von Spannungen und Vorbehalten gekennzeichnet waren. Ohne zu übertreiben kann man sagen, dass die slowakisch-ungarischen Beziehungen zu den problematischsten in Mitteleuropa zählen. Der Grundlagenvertrag, den die Slowakei und Ungarn 1995 unterzeichneten, zwei Jahre nach Gründung der Slowakischen Republik, sollte einen neuen Anfang in den bilateralen Beziehungen herbeiführen. Jedoch war nicht einmal die Unterzeichnung selbst sicher. Hier spielte die Vermittlung des Ministerpräsidenten von Frankreich, Edouard Balladur, eine wichtige und konstruktive Rolle. Auch die Implementierung des Grundlagenvertrages gestaltete sich problematisch – einige seiner Teile sind bis heute nicht umgesetzt. Diese Situation ist also kaum mit dem deutsch-polnischen Fall vergleichbar.

Der deutsch-polnische Vertrag eröffnete Möglichkeiten, gemeinsame Institutionen zu gründen, deren Ziel die Annäherung zwischen den beiden Ländern und ihren Gesellschaften ist. Die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit oder das Deutsch-Polnische Jugendwerk sind hier Beispiele. Vielfältige Projekte und Austauschinitiativen, insbesondere für die junge Generation, haben deutlich zu einem besseren Verständnis des Nachbarn auf der anderen Seite der Oder und Neiße beigetragen. Gewiss gibt es immer noch Themen, welche die Beziehung zwischen Deutschland und Polen überschatten, was sich insbesondere in den Äußerungen mancher Politiker widerspiegelt. Aber die positive Entwicklung auf der gesellschaftlichen Ebene überwiegt die Probleme, nicht zuletzt dank der Arbeit der genannten Institutionen.

Es ist bedauerlich, dass ähnliche Initiativen im slowakisch-ungarischen Fall immer noch fehlen. Das führt dazu, dass die Mehrheitsgesellschaften beiderseits der Donau eher nebeneinander als miteinander leben, ungeachtet der offenen Grenzen. Die ungarische Minderheit in der Slowakei wird immer noch als ein desintegrierender und nicht als ein integrierender Akteur betrachtet. Das gemeinsame Geschichtsbuch bleibt unvollendet und daher unveröffentlicht. Verschiedene offene bilaterale Themen werden nicht im Dialog diskutiert, sondern unilateral geregelt oder einfach unter den Teppich gekehrt. Programme, die gemeinsame langfristige Projekte und Austausch unterstützen würden, fehlen entweder vollständig oder erfahren keine systematische Unterstützung von Seiten der Regierung...

Das Vermächtnis des deutsch-polnischen Vertrages lebt auch in Mitteleuropa noch weiter. Der Vertrag selbst und insbesondere die Art und Weise, wie er implementiert wurde, können immer noch als Inspiration für die Slowakei und Ungarn dienen – die beiden Länder, die

sich darauf berufen, sehr enge Beziehungen sowohl mit Polen als auch mit Deutschland zu haben.

Übersetzung aus dem Englischen: Silke Plate

Über den Autor

Dr. Tomáš Strážay ist Direktor der *Slovak Foreign Policy Association (SFPA)*, Bratislava (Slowakei).

Aus Anlass des 30. Jahrestages des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages hat die Redaktion der Polen-Analysen um einen Kommentar zu den deutsch-polnischen Beziehungen aus ungarischer Sicht gebeten.

Die deutsch-polnischen Beziehungen aus ungarischer Sicht

Daniel Hegedüs, German Marshall Fund of the United States, Berlin

Die bilateralen Beziehungen anderer Länder genießen selten große Aufmerksamkeit, es sei denn, sie haben eine besondere sicherheitspolitische oder andere strategische Relevanz für den betreffenden Drittstaat. Die ungarische Wahrnehmung des deutsch-polnischen Verhältnisses ist keine Ausnahme von dieser Regel.

In Ermangelung einer strategischen Bedeutung prägten von der Wende bis ungefähr 2014/15 vor allem die historische Wahrnehmung, Erinnerungspolitik und *public diplomacy* den ungarischen Blick auf das deutsch-polnische Verhältnis. Auf diese ruhigen Zeiten von untergeordneter Bedeutung folgte Anfang 2014 – nach den Majdan-Protesten in der Ukraine und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland – eine kurze Phase, in der Budapest an einer gegenüber Russland verständnisvollen deutschen Diplomatie und an Differenzen zwischen den deutschen und polnischen Positionen in der Krise interessiert war. Davon versprach es sich, dass seine zunehmende Isolation aufgrund seiner pro-russischen Haltung abgeschwächt würde.

Doch der Regierungsantritt der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) im Jahr 2015 und ihre strategische Allianz mit der illiberalen ungarischen Regierungspartei *Fidesz* veränderte die Einstellung Budapests erneut. Die *Fidesz*-Regierung betrachtet sowohl Deutschland als auch Polen als strategische Partner, die ihre Position in der Europäischen Union sichern und sie vor allem vor potentiellen EU-Sanktionen schützen. Spannungslose deutsch-polnische Beziehungen wurden deshalb als ein primäres Interesse der ungarischen Diplomatie erachtet, um so negative *spill-over*-Effekte auf die deutsch-ungarische und polnisch-ungarische Zusammenarbeit und potentielle Komplikationen so weit wie möglich vermeiden zu können.

Gleichgültigkeit und Wettbewerb (1989–2014)

Die ersten Jahre unmittelbar nach der demokratischen Wende von 1989/90 wurden in Ostmitteleuropa u. a. von zwei klaren außenpolitischen Dynamiken geprägt. Erstens: Die Bundesrepublik Deutschland wurde wegen ihrer geopolitischen Lage, ihrer Ostpolitik und der damit verbundenen außenpolitischen Interessen in den ehemals staatssozialistischen Ländern und insbesondere wegen ihres Potentials und ihrer Leistungen im Bereich Handel und Auslandsinvestitionen der wichtigste geoökonomische und diplomatische Partner der neuen Demokratien in Ostmitteleuropa. Zweitens: Die Länder der 1991 gegründeten Visegrád-Gruppe (V4) – vor allem Polen und Ungarn, später auch Tschechien – ließen sich untereinander auf einen friedlichen *public diplomacy*-Wettbewerb ein. Es ging hier unmittelbar um die Position des Vorreiters der Demokratisierung und Transformation, aber indirekt ebenso um Prestige, Aufmerksamkeit und ausländische Direktinvestitionen. Dies bedeutete nicht zuletzt einen Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der deutschen Diplomatie und um die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Deutschland.

In diesem Wettbewerb genoss Ungarn kurzfristig strategische Vorteile, die aber längerfristig von den strukturellen Gegebenheiten der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Beziehungen relativiert und überholt wurden. Zunächst standen nach der ungarischen Grenzöffnung im Herbst 1989 und deren Beitrag zur deutschen Wiedervereinigung die deutsch-ungarischen Beziehungen in den folgenden Jahren auf ihrem Höhepunkt. Hinzu kam, dass anti-deutsche Ressentiments, die aus historischen Gründen in der polnischen oder tschechischen Politik nicht unüblich sind, in Ungarn nicht vorhanden waren und deshalb auch keine

Schatten auf die offiziellen Beziehungen und die *public diplomacy* warfen. Ganz im Gegenteil, die Minderheitenrechte und der Status der Ungarndeutschen wurden nach der Wende schnell verbessert und die deutsche Minderheit wurde offiziell als einer der wichtigen Kanäle der *public diplomacy* zwischen den beiden Ländern wahrgenommen. Als die ungarische Diplomatie ihren traditionell großen Wert auf den Schutz der ungarischen Minderheit in den Nachbarstaaten legte, wurde Deutschland – nach ungarischer Auffassung das andere Opfer der Beneš-Dekrete – als potentieller strategischer Partner auch in diesem Bereich betrachtet. In der Folge bauten die ungarische Politik und Diplomatie enge Beziehungen zu CDU-Kreisen und Vertriebenenorganisationen auf, in der Hoffnung, dass diese Kanäle längerfristig Einfluss auf Entscheidungen in Bonn und Berlin werden ausüben können.

Doch Polen und Ungarn haben nicht nur beide um die Aufmerksamkeit und Anerkennung des Westens – und Deutschlands – gekämpft. Warschau enttäuschte Budapest auch mit seiner Haltung in der Minderheitenfrage, die Prag und Bratislava unterstützte und so die Minderheitenpolitik aus der Zusammenarbeit der V4 praktisch ausschloss.

In den Anfangsjahren, als die deutsch-ungarischen Beziehungen ihren Zenit erlebten, hatte das deutsch-polnische bilaterale Verhältnis für Budapest keine große Bedeutung. Doch längerfristig haben die deutsch-polnischen wie auch die deutsch-tschechischen Beziehungen in puncto Tiefe, Intensität und Bedeutung die deutsch-ungarischen Beziehungen weit überholt, was aus Budapest mit einem gewissen Neid beobachtet wurde. Der Nachbarstatus der beiden Länder, die Größe des polnischen Marktes und die Innovationskraft der tschechischen Wirtschaft waren Faktoren, gegen die Budapest kaum etwas als Gegengewicht ins Spiel bringen konnte. Des Weiteren hat sich Budapest durch die Minderheitenfrage und die Allianz mit den Vertriebenenorganisationen mit den Kräften der Vergangenheit in der deutschen Politik und nicht mit den Kräften der Zukunft verbündet, was ebenfalls zu einer voranschreitenden Marginalisierung und Unverständnis führte.

Während nach der EU-Erweiterungsrunde im Jahr 2004 die deutsch-ungarischen Beziehungen mit fehlenden Inhalten kämpften, entwickelte sich die strategische Relevanz der deutsch-polnischen Beziehungen ständig, was vor allem durch die Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck deutlich wurde. Zusammen mit der Tatsache, dass die Beziehungen zwischen den V4 und Deutschland ohne einen etablierten politischen Rahmen blieben, haben diese Entwicklungen maßgeblich zu dem Eindruck der ungarischen Diplomatie beigetragen, dass aus Berliner Perspektive die Bedeutung der

deutsch-ungarischen Beziehungen hinter der deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Partnerschaft zurückbleibt.

Die Krimkrise und der Tiefpunkt der polnisch-ungarischen Beziehungen

Nach der langen Periode des weichen Wettbewerbs um Deutschlands Aufmerksamkeit und des strategischen Desinteresses am deutsch-polnischen Verhältnis setzte in der ungarischen Wahrnehmung Anfang 2014 ein signifikanter Wandel ein. Nach der russischen Intervention in der Ukraine und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim erfuhren die polnisch-ungarischen Beziehungen eine Abkühlung, da die eher pro-russische Regierung in Budapest Warschaws Bedrohungswahrnehmung nicht teilte, eine gemeinsame Positionierung der V4-Länder in der Krise unmöglich machte und sich sowohl auf EU- als auch auf NATO-Ebene als russlandfreundlicher Akteur profilierte. In dieser Zeit bis September 2015 war es essentiell für die ungarische Regierung, dass Deutschland seine moderate pro-russische Haltung weiterhin beibehielt und Polens Einfluss auf die Reaktionen der NATO und der EU sowie auf die Krisendiplomatie begrenzt blieb. Die Hauptmotivation der ungarischen Regierung war, sowohl eine zunehmende Isolation in der EU wegen ihrer pro-russischen Haltung als auch die negativen Rückwirkungen der potentiellen harten Maßnahmen der NATO und der EU auf die russisch-ungarische Beziehungen zu vermeiden.

Deutsch-polnische Harmonie als strategisches Interesse Ungarns

Der Wahlerfolg von Jarosław Kaczyńskis PiS im September 2015 und die Regierungsbildung führten zu einer Kehrtwende in der Budapester Wahrnehmung der deutsch-polnischen Beziehungen. Ministerpräsident Viktor Orbán und der PiS-Vorsitzende Kaczyński, der seit langer Zeit das Projekt »Budapest an der Weichsel« verfolgte, konnten die Unterschiede in ihrer Russlandpolitik zur Seite legen und verbündeten sich in einer strategischen Allianz illiberaler Akteure.

Für die ungarische Regierung entwickelten sich die deutsch-ungarischen und polnisch-ungarischen Verhältnisse zu den wichtigsten bilateralen Beziehungen des Landes. Die wertebasierte, illiberale Allianz mit Polen garantierte, dass Artikel 7 des EU-Vertrages nie richtig angewendet wurde und die EU unfähig bleibt, die Autokratisierung in beiden Ländern politisch zu sanktionieren. Doch neben dieser letzten Verteidigungslinie gewährleistete die deutsch-ungarische Partnerschaft auch eine subtile Absicherung ungarischer Interessen in der EU. Um die hohe Profitabilität des Wirtschaftsstandorts Ungarn für die deutsche Autoindustrie nicht zu gefährden und ungewöhnliche und unbequeme poli-

tische Konflikte mit einem ostmitteleuropäischen Partner zu vermeiden, drückte die Bundesrepublik Deutschland angesichts der Autokratisierung Ungarns gern beide Augen zu. Im Ergebnis hielten die deutsche Diplomatie und Politik die Europäische Kommission von einer härteren Vorgehensweise gegenüber Ungarn ab, schmiedeten Kompromisse im Europäischen Rat, welche die ungarische Regierung begünstigten, und trugen maßgeblich dazu bei, dass *Fidesz* bis 2021 Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) bleiben konnte.

In diesem Zusammenhang entwickelte Budapest auch die Haltung, dass potentielle Konflikte in den deutsch-polnischen Beziehungen unerwünschte negative Auswirkungen auf Ungarns bilaterale Beziehungen mit diesen Ländern haben könnten. Dementsprechend positionierte sich die ungarische Diplomatie sehr subtil und zurückhaltend in Fragen mit entsprechendem Konfliktpotential, um weder Berlin noch Warschau zu irritieren. Bei Warschaus Reparationsforderungen gegenüber Deutschland blieb Ungarn weitgehend still. In

Sachen Nord Stream 2 positioniert sich die ungarische Regierung – auch wegen ihrer eigenen Verbindungen zu Russland – näher zur deutschen Seite. Die ungarische Regierung hob wiederholt hervor, wie Nord Stream 2 zur Versorgungssicherheit in Ostmitteleuropa beitragen kann, doch immer mit der Betonung, dass Budapest den Kern der polnischen Kritik am Gaspipeline-Projekt versteht.

Potentielle Machtwechsel sowohl in Deutschland als auch in Polen und der Regierungsantritt von Parteien, die härter gegen Autokratisierungstendenzen in der EU vorgehen wollen, können auch zu einem baldigen Ende der aktuellen ungarischen Wahrnehmung der deutsch-polnischen Beziehungen führen. Doch solange das Orbán-Regime und seine autoritären Strukturen in Ungarn herrschen, wird die ungarische Außenpolitik die Beziehungen zwischen den beiden zurzeit wichtigsten Verbündeten Ungarns – Deutschland und Polen – immer durch die Linse der Regimestabilität und potentieller europäischer Sanktionsmechanismen betrachten.

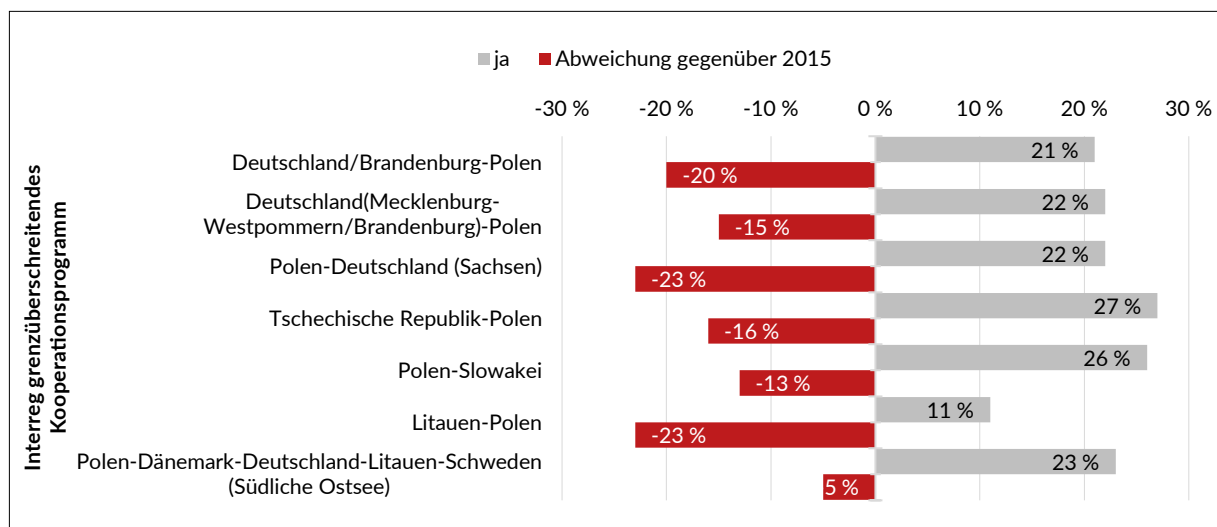
Über den Autor

Daniel Hegedüs ist Central European Fellow beim *German Marshall Fund of the United States*, Berlin.

UMFRAGEN

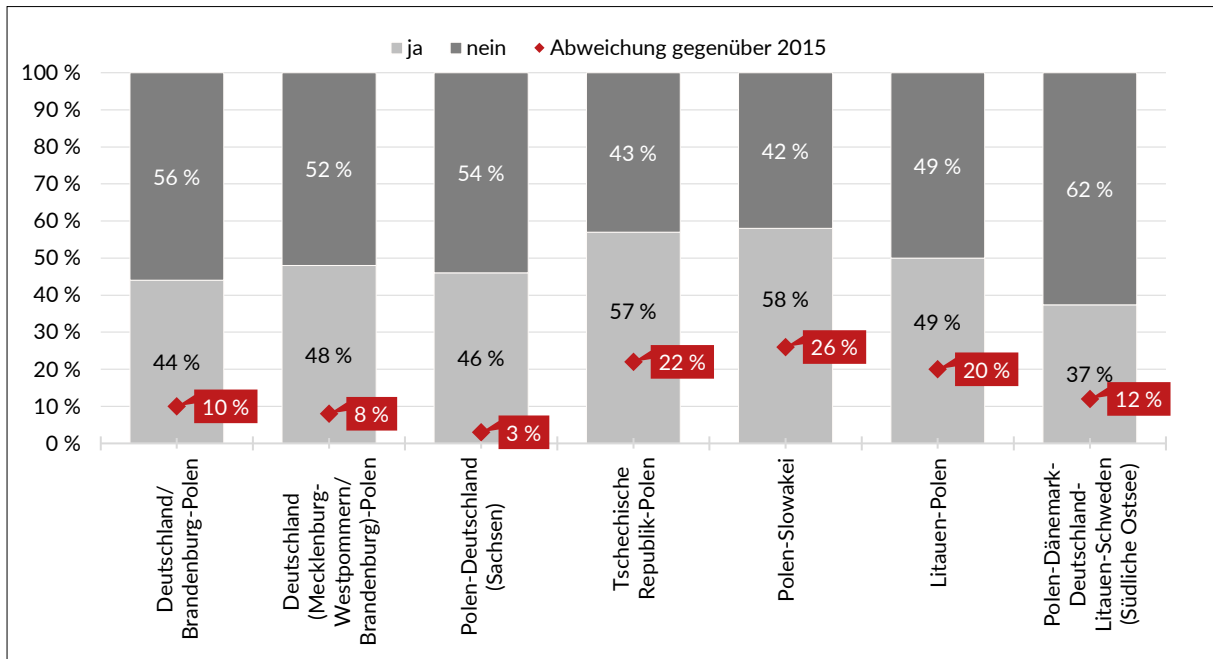
Die grenznahen Kooperationen von Polen und seinen Nachbarn

Grafik 1: Haben Sie von EU-finanzierten grenznahen Kooperationen in der Region, in der Sie leben, gehört? (2020)



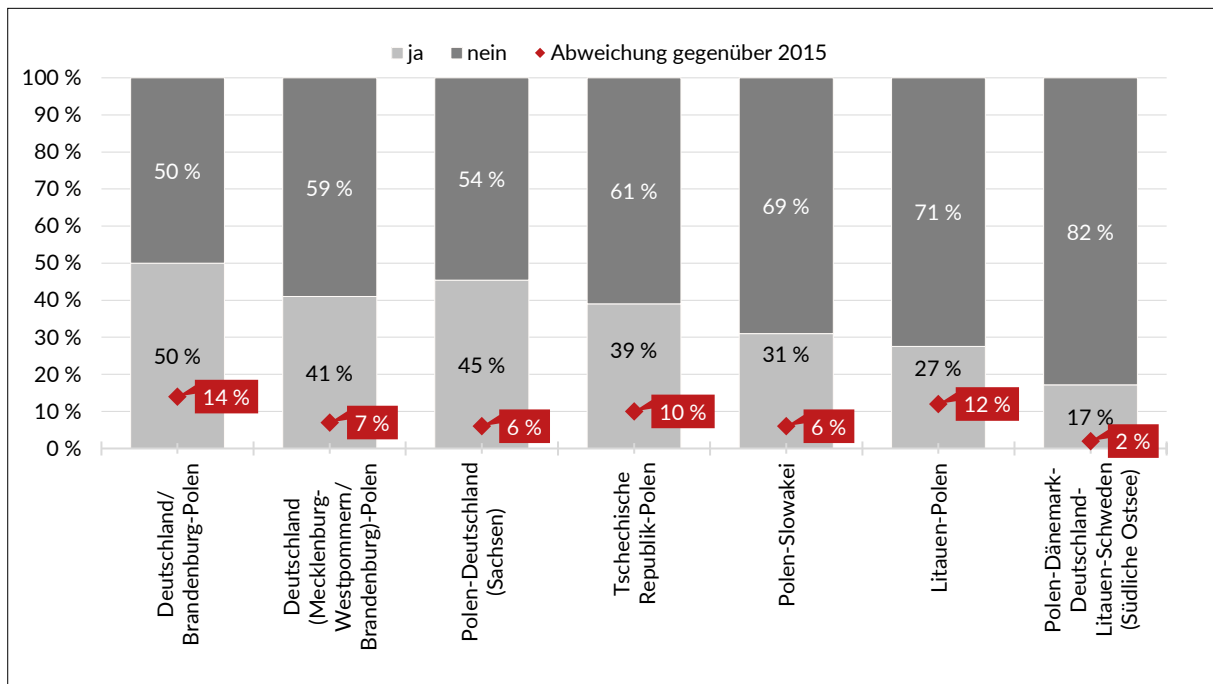
Quelle: European Commission: *Cross-Border Cooperation in the EU. Report*. Brussels 2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/reports/2020/eu-cross-border-cooperation-survey-2020 (abgerufen am 28.05.2021).

Grafik 2: Sind Sie für Freizeitaktivitäten nach [Land des Interregprogramms] gefahren? (2020)



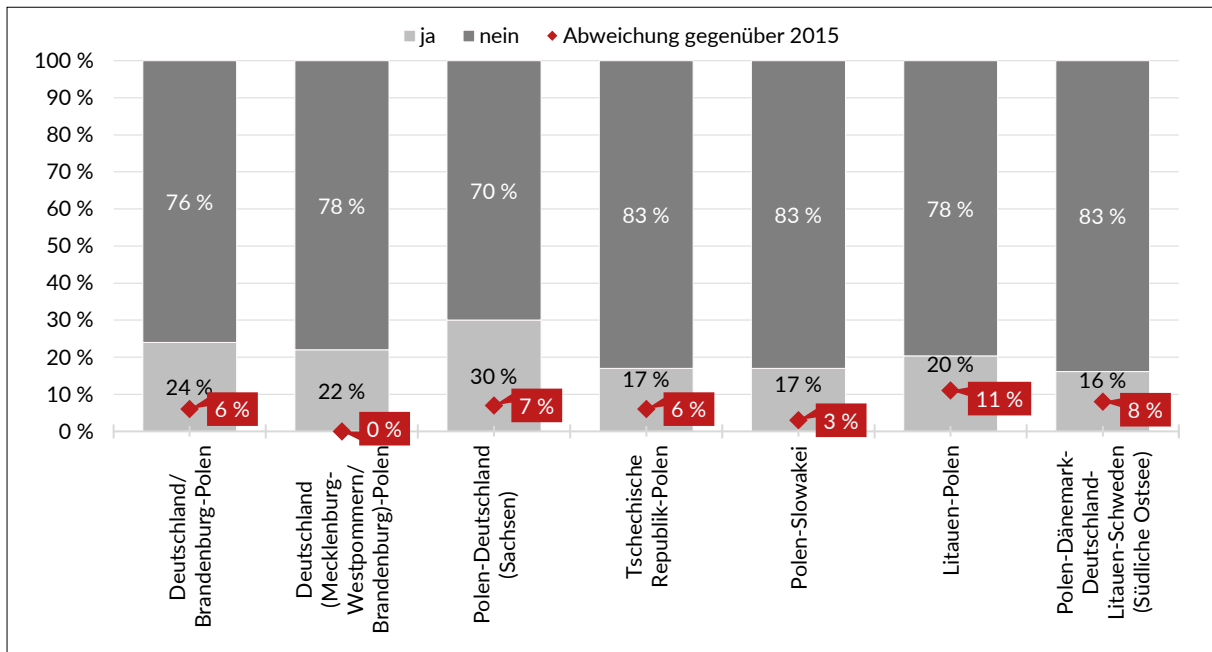
Quelle: European Commission: Cross-Border Cooperation in the EU. Report. Brussels 2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/reports/2020/eu-cross-border-cooperation-survey-2020 (abgerufen am 28.05.2021).

Grafik 3: Sind Sie für Einkäufe und Dienstleistungen nach [Land des Interregprogramms] gefahren? (2020)



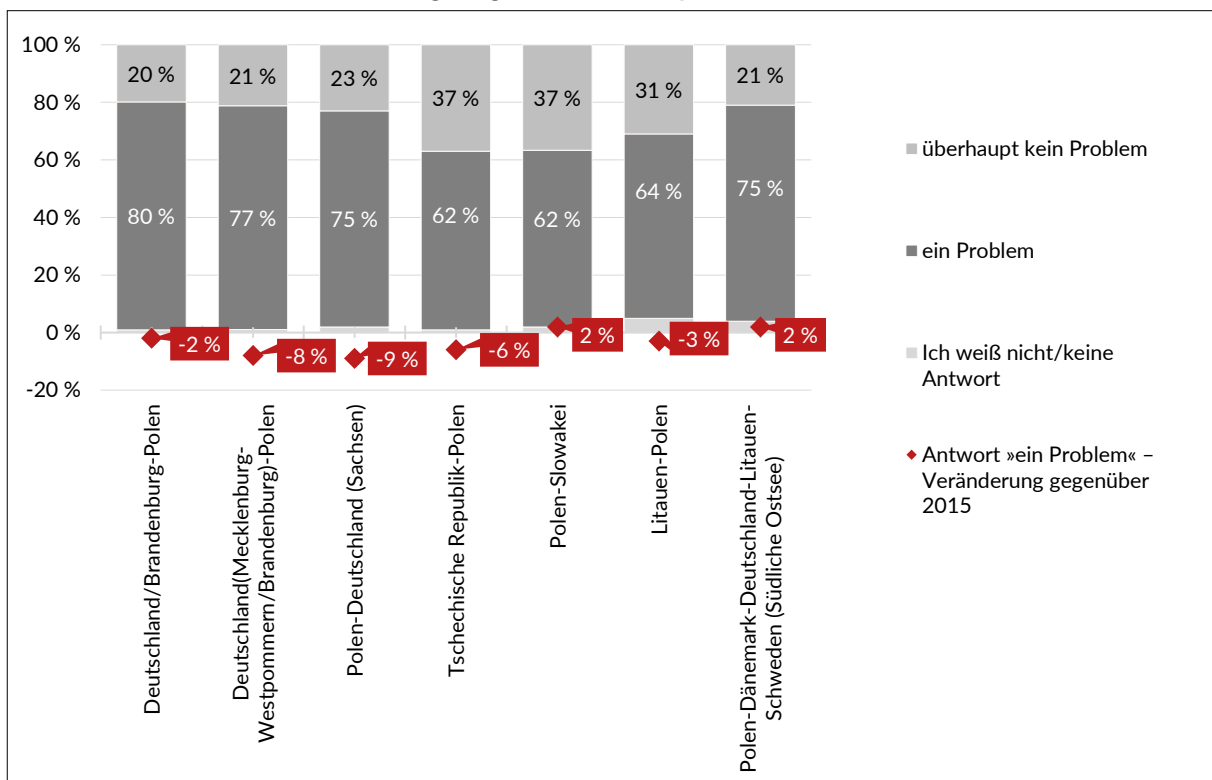
Quelle: European Commission: Cross-Border Cooperation in the EU. Report. Brussels 2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/reports/2020/eu-cross-border-cooperation-survey-2020 (abgerufen am 28.05.2021).

Grafik 4: Sind Sie nach [Land des Interregprogramms] gefahren, um Freunde zu besuchen? (2020)



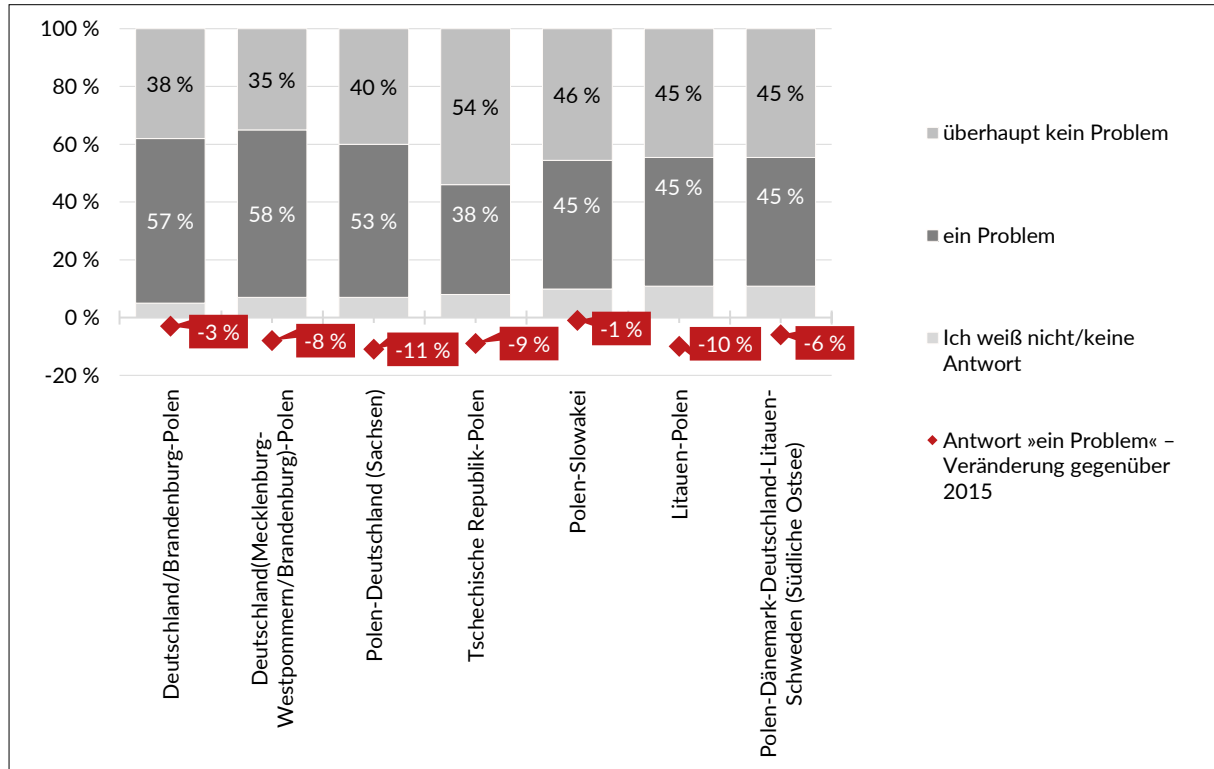
Quelle: European Commission: Cross-Border Cooperation in the EU. Report. Brussels 2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/reports/2020/eu-cross-border-cooperation-survey-2020 (abgerufen am 28.05.2021).

Grafik 5: Zusammenarbeit im Interreg-Programm: Sind die Sprachunterschiede... ? (2020, %)



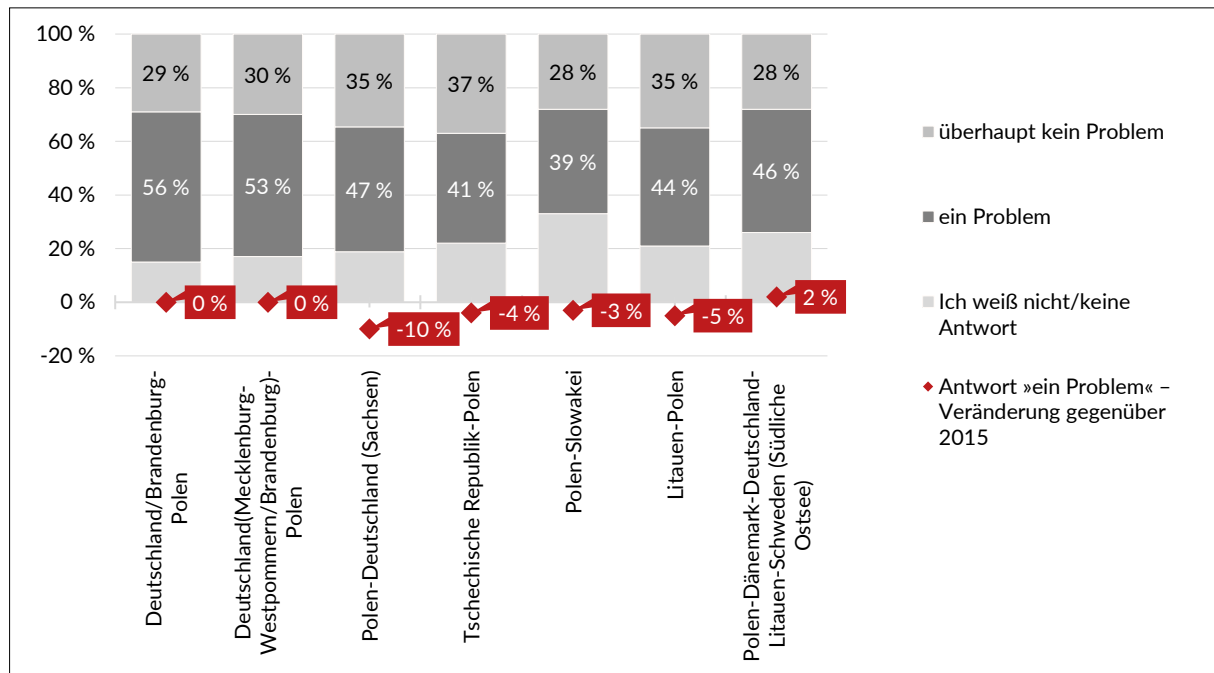
Quelle: European Commission: Cross-Border Cooperation in the EU. Report. Brussels 2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/reports/2020/eu-cross-border-cooperation-survey-2020 (abgerufen am 28.05.2021).

Grafik 6: Zusammenarbeit im Interreg-Programm: Sind die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede... ? (2020, %)



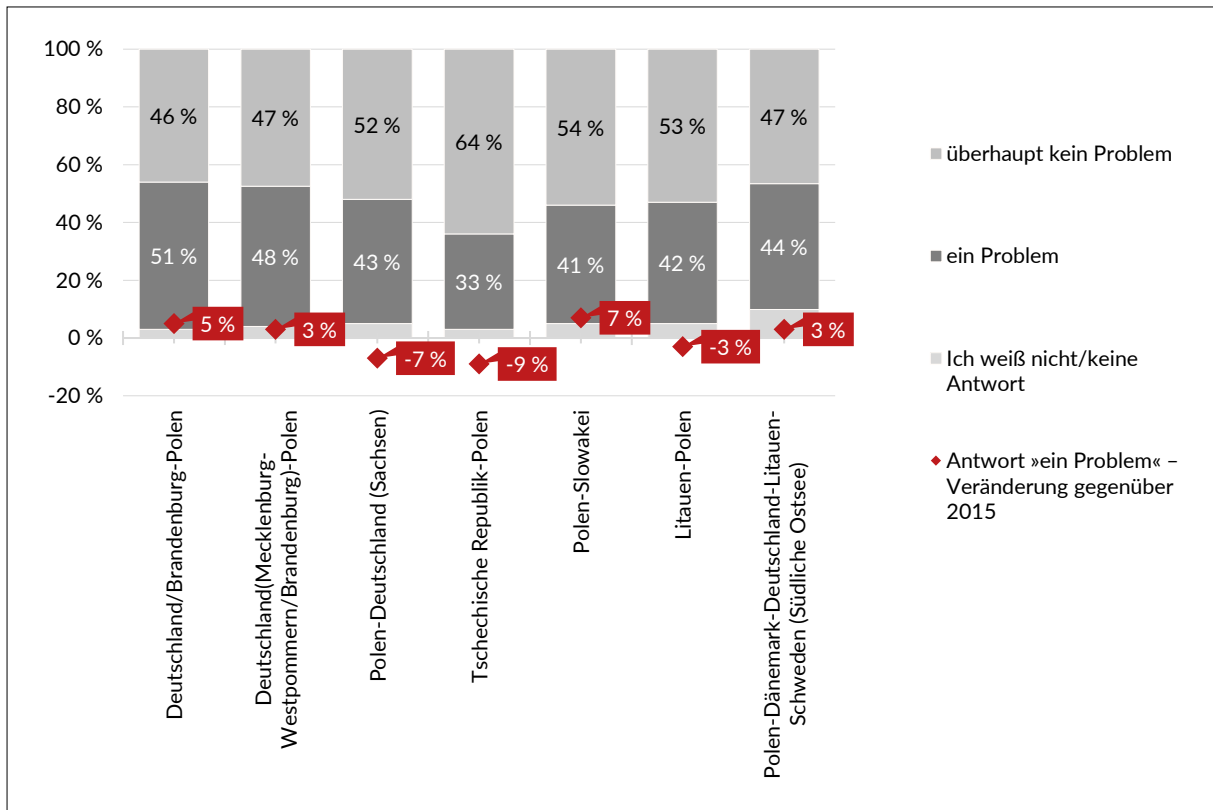
Quelle: European Commission: Cross-Border Cooperation in the EU. Report. Brussels 2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/reports/2020/eu-cross-border-cooperation-survey-2020 (abgerufen am 28.05.2021).

Grafik 7: Zusammenarbeit im Interreg-Programm: Sind die juristischen und administrativen Unterschiede... ? (2020, %)



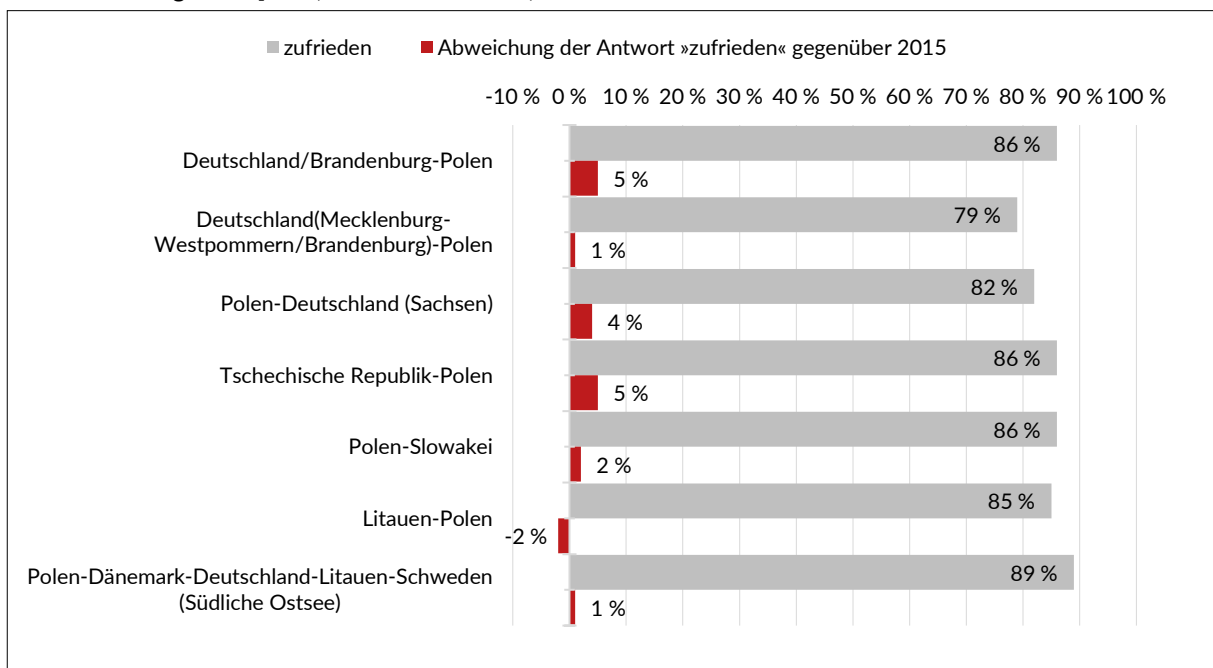
Quelle: European Commission: Cross-Border Cooperation in the EU. Report. Brussels 2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/reports/2020/eu-cross-border-cooperation-survey-2020 (abgerufen am 28.05.2021).

Grafik 8: Zusammenarbeit im Interreg-Programm: Sind die kulturellen Unterschiede... ? (2020, %)



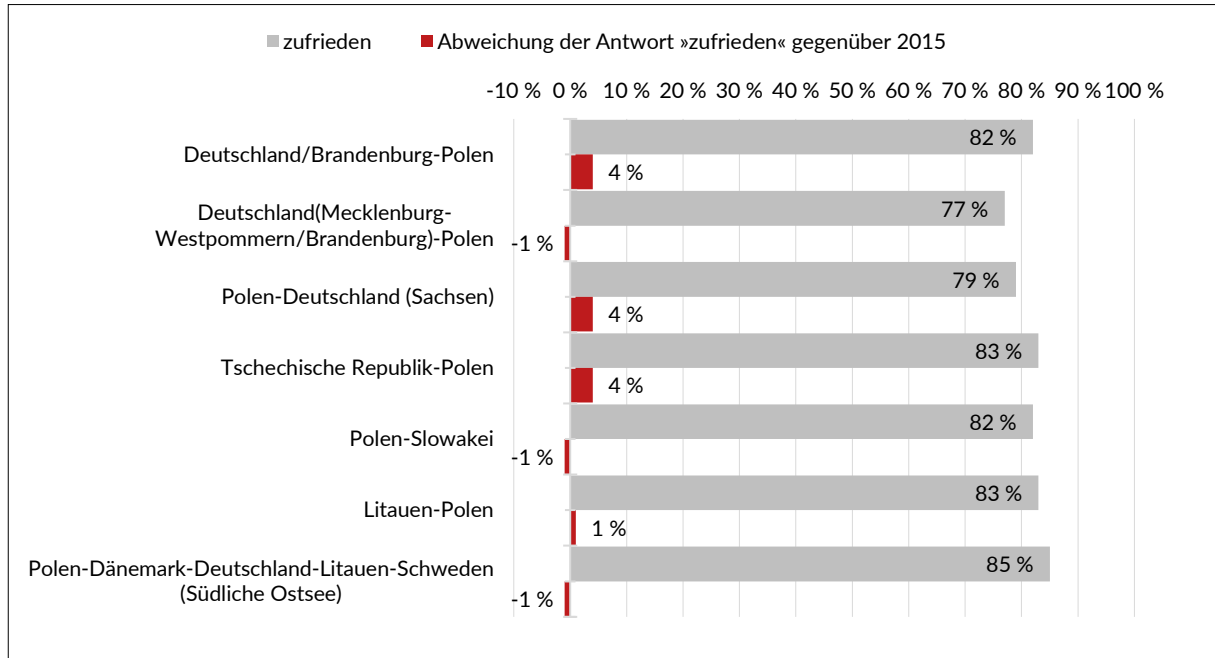
Quelle: European Commission: Cross-Border Cooperation in the EU. Report. Brussels 2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/reports/2020/eu-cross-border-cooperation-survey-2020 (abgerufen am 28.05.2021).

Grafik 9: Wären Sie persönlich mit einem Nachbarn zufrieden, der ein Bürger aus [Land des Interreg-Programms] ist? (Antwort: zufrieden)



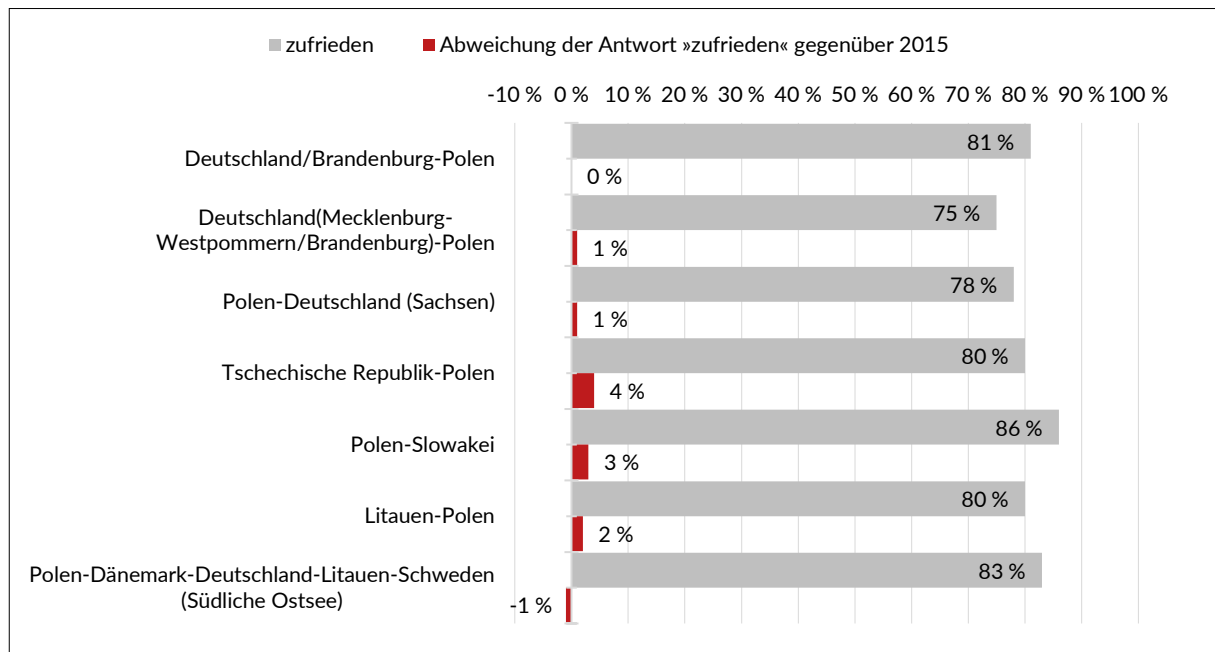
Quelle: European Commission: Cross-Border Cooperation in the EU. Report. Brussels 2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/reports/2020/eu-cross-border-cooperation-survey-2020 (abgerufen am 28.05.2021).

Grafik 10: Wären Sie persönlich mit einem Arbeitskollegen zufrieden, der ein Bürger aus [Land des Interreg-Programms] ist? (Antwort: zufrieden)



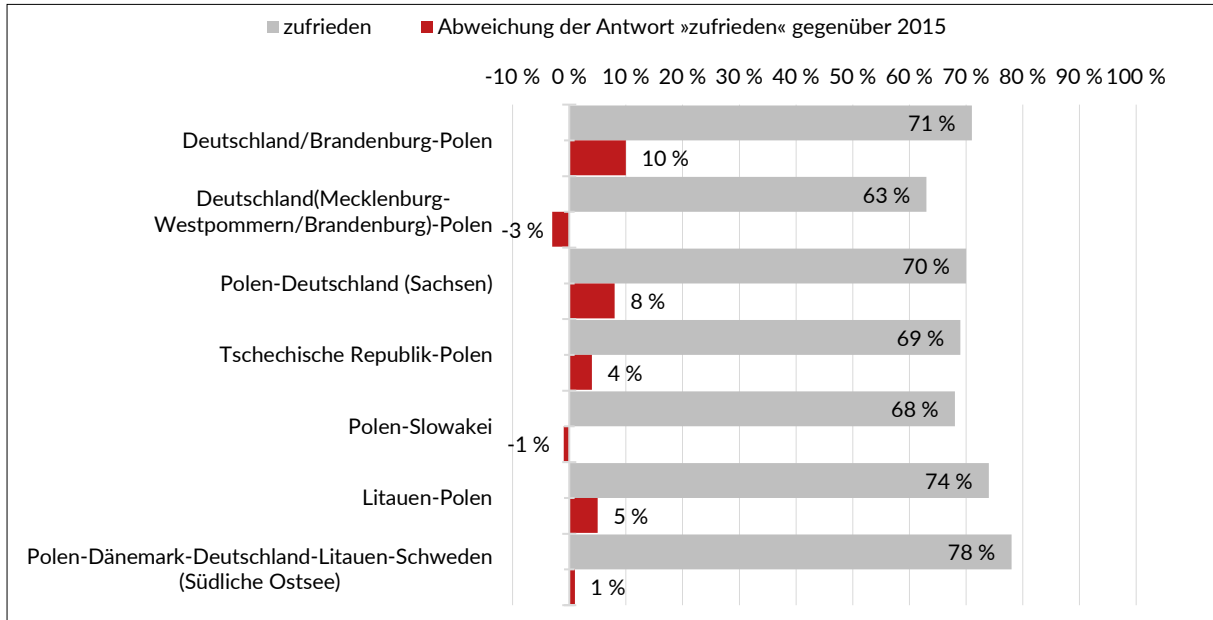
Quelle: European Commission: Cross-Border Cooperation in the EU. Report. Brussels 2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/reports/2020/eu-cross-border-cooperation-survey-2020 (abgerufen am 28.05.2021).

Grafik 11: Wären Sie persönlich mit einem Familienmitglied zufrieden, das ein Bürger aus [Land des Interreg-Programms] ist? (Antwort: zufrieden)



Quelle: European Commission: Cross-Border Cooperation in the EU. Report. Brussels 2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/reports/2020/eu-cross-border-cooperation-survey-2020 (abgerufen am 28.05.2021).

Grafik 12: Wären Sie persönlich mit einem Chef zufrieden, der ein Bürger aus [Land des Interreg-Programms] ist? (Antwort: zufrieden)

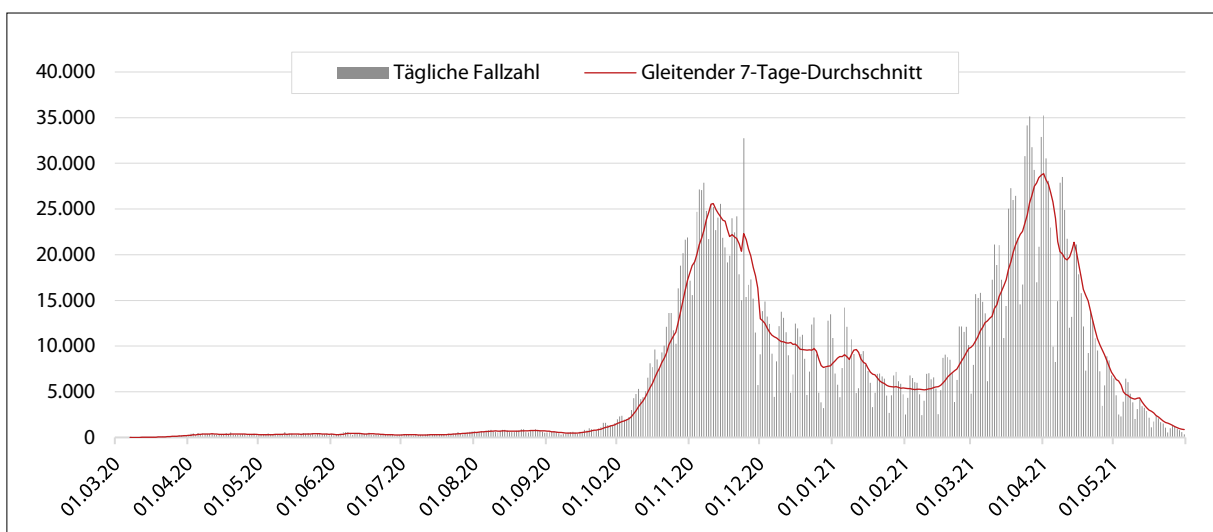


Quelle: European Commission: Cross-Border Cooperation in the EU. Report. Brussels 2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/reports/2020/eu-cross-border-cooperation-survey-2020 (abgerufen am 28.05.2021).

STATISTIK

Covid-19 in Polen (Stand: 31. Mai 2021)

Grafik 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (tägliche Fallzahlen, 1. März 2020 – 31. Mai 2021, Johns-Hopkins-Universität)



Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 31.05.2021, 22:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

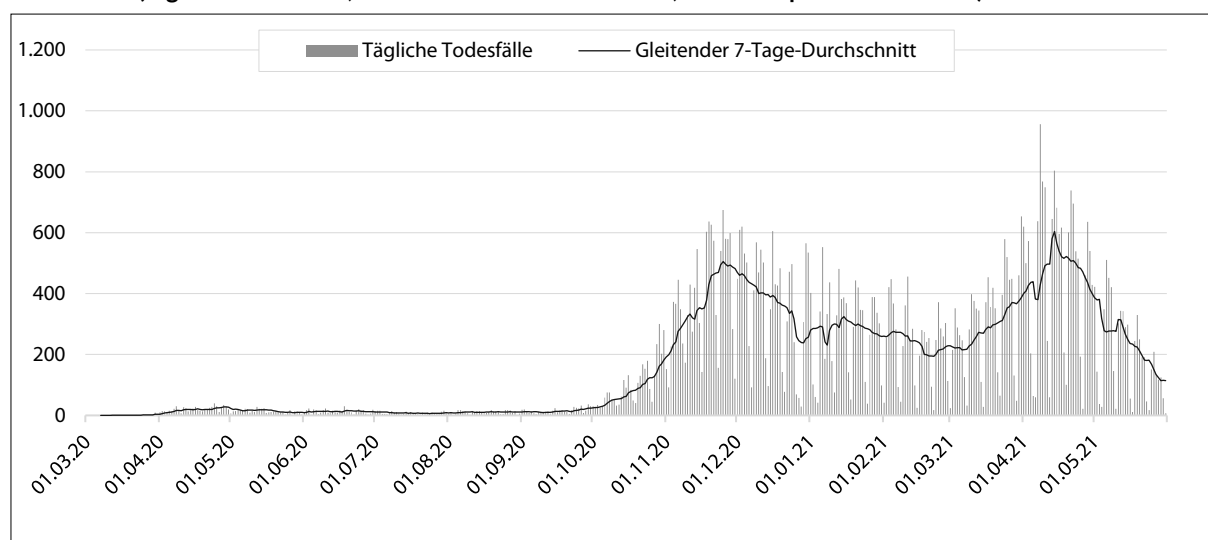
Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (18. – 31. Mai 2021, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
18.05.21	2.856.924	1.734	25.05.21	2.867.187	1.006
19.05.21	2.859.261	2.337	26.05.21	2.868.450	1.263
20.05.21	2.861.351	2.090	27.05.21	2.869.652	1.202
21.05.21	2.863.031	1.680	28.05.21	2.870.595	943
22.05.21	2.864.546	1.515	29.05.21	2.871.371	776
23.05.21	2.865.622	1.076	30.05.21	2.871.950	579
24.05.21	2.866.181	559	31.05.21	2.872.283	333

Für die Zahlen vom 01.03.2020–17.05.2021 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255–275.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 31.05.2021, 22:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (tägliche Todesfälle, 1. März 2020 – 31. Mai 2021, Johns-Hopkins-Universität)



Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 31.05.2021, 22:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (18. – 31. Mai 2021, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
18.05.21	71.920	245	25.05.21	73.096	151
19.05.21	72.250	330	26.05.21	73.305	209
20.05.21	72.500	250	27.05.21	73.440	135
21.05.21	72.691	191	28.05.21	73.557	117
22.05.21	72.882	191	29.05.21	73.682	125
23.05.21	72.928	46	30.05.21	73.738	56
24.05.21	72.945	17	31.05.21	73.745	7

Für die Zahlen vom 19.03.2020–17.05.2021 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255 –275.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 31.05.2021, 22:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Grafik 3: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (31. Mai 2021, 10.30 Uhr)



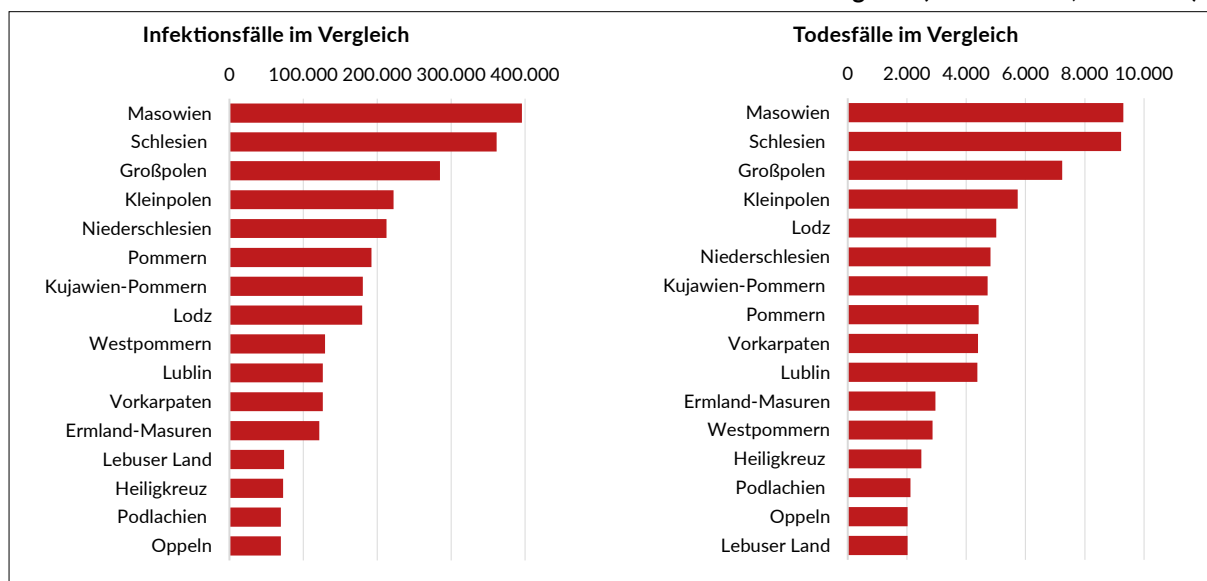
Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-31-maja-2021-4344739> (abgerufen am 31.05.2021); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 4: Todesfälle durch Covid-19 nach Woiwodschaften (31. Mai 2021, 10.30 Uhr)



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-31-maja-2021-4344739> (abgerufen am 31.05.2021); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 5: Covid-19-Infektions- und Todesfälle nach Woiwodschaften im Vergleich (31. Mai 2021, 10.30 Uhr)



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-31-maja-2021-4344739> (abgerufen am 17.05.2021)

Tabelle 3: Covid-19-Infektions- und Todesfälle nach Woiwodschaften im Vergleich (31. Mai 2021, 10.30 Uhr)

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	121.673	2.964
Großpolen (wielkopolskie)	284.762	7.233
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	72.807	2.479
Kleinpolen (małopolskie)	222.069	5.731
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	180.652	4.720
Lebuser Land (lubuskie)	73.903	2.016
Lodz (łódzkie)	179.463	5.014
Lublin (lubelskie)	126.315	4.370
Masowien (mazowieckie)	395.614	9.301
Niederschlesien (dolnośląskie)	212.526	4.815
Oppeln (opolskie)	69.690	2.021
Podlachien (podlaskie)	69.700	2.115
Pommern (pomorskie)	191.994	4.413
Schlesien (śląskie)	361.638	9.223
Vorkarpaten (podkarpackie)	126.273	4.397
Westpommern (zachodniopomorskie)	129.495	2.864

Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-ile-osob-zostalo-zaszczepionych-31-maja-2021-4344739> (abgerufen am 31.05.2021)

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 18. – 31. Mai 2021

18.05.2021	Bei einem Besuch des Krankenhauses in Wolica (bei Kalisch/Kalisz) lobt Paloma Cuchi, Vertreterin der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Polen, die Bekämpfung der Corona-Pandemie in Polen als »fehlerlos«. Polen habe sofort reagiert und Geräte und Hilfe für Kranke und vulnerable Gruppen organisiert. Auch die Impfungen würden effektiv verlaufen. Cuchi besucht in Wolica ein Spezialzentrum für Lungenkrankheiten und Tuberkulose, um für die WHO Informationen und Erfahrungen über die Bekämpfung von Covid-19 und die Nachbehandlung der Krankheit zu sammeln.
19.05.2021	Der Woiwode von Niederschlesien (woj. dolnośląskie), Jarosław Obremski, hebt den Beschluss des Stadtrates von Wałbrzych auf, der Ende April eine verpflichtende Corona-Impfung für alle Einwohner ab dem 18. Lebensjahr sowie alle, die in der Stadt arbeiten, angeordnet hat. Eine solche rechtliche Regelung liege allein in der Kompetenz der Zentralregierung, so Obremski.
21.05.2021	In einer von Kantar Public veröffentlichten Umfrage (durchgeführt vom 7. bis 12. Mai 2021) geben 38 % an, vor dem Hintergrund der herrschenden Corona-Pandemie keine Urlaubspläne für diesen Sommer zu haben. 27 % wollen den Urlaub in Polen verbringen, 6 % planen eine Auslandsreise. 13 % geben an, verreisen zu wollen, aber noch nichts geplant zu haben.
22.05.2021	Im Zentrum von Warschau protestieren ca. 200 Personen gegen den Lockdown infolge der Corona-Pandemie und gegen Corona-Impfungen.
23.05.2021	Der Impfbeauftragte der Regierung, Michał Dworczyk, gibt bekannt, dass das im Warschauer Nationalstadion für Covid-19-Patienten eingerichtete »Nationalkrankenhaus« seinen Dienst einstellen konnte. Ein Teil der Geräte werde für eine eventuelle vierte Infektionswelle vorgehalten. Im Stadion würden künftig wieder Sport- und Kulturveranstaltungen stattfinden.
25.05.2021	Der Impfbeauftragte der Regierung, Michał Dworczyk, teilt mit, dass in den letzten Wochen ca. 2 Mio. Personen wöchentlich gegen Covid-19 geimpft worden seien. Bei insgesamt 18,3 Mio. Impfungen seien es knapp 13 Mio. Erstimpfungen. Ab dem 1. Juli habe man freie Wahl, wo man zum zweiten Mal geimpft werden wolle. Das sei bisher organisatorisch nicht möglich gewesen.
25.05.2021	Der Impfbeauftragte der Regierung, Michał Dworczyk, informiert über eine Impf-Werbekampagne, die am 1. Juli beginnen wird. Es handele sich um eine Lotterie, die von dem Lotto-Unternehmen Totalizator Sportowy, das unter der Aufsicht des Finanzministeriums steht, sowie von Gesellschaften des Staatsschatzes finanziert wird. Die Gemeinden in Polen, in denen in 49 Gebieten die höchste Impfquote registriert wird, erhalten eine Million Zloty zur freien Verfügung. Die Gemeinde, welche die höchste Quote in ganz Polen hat, erhält zusätzlich zwei Millionen Zloty.
27.05.2021	Przemysław Czarnek, Minister für Bildung und Wissenschaft, stellt die vollständige Rückkehr zu Präsenzveranstaltungen an den Universitäten ab dem 1. Oktober in Aussicht, sollte es die Lage der Corona-Pandemie erlauben. Die Hochschulen halten seit März 2020 Lehrveranstaltungen als Distanzunterricht ab.
28.05.2021	Sejmarschallin Elżbieta Witek (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) sagt, dass die infolge der Corona-Pandemie geänderten Regeln im Parlament bis zum verkündeten Ende der Pandemie aufrechterhalten werden. Dies betrifft zum Beispiel Abstimmungen, die wegen der Hygiene- und Abstandsregeln zurzeit online durchgeführt werden.
30.05.2021	Vize-Sejmarschall Piotr Zgorzelski (Polnische Bauernpartei/Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) teilt in einem Interview mit TVN 24 mit, dass er bei Sejmarschallin Elżbieta Witek (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) beantragt hat, wieder Präsenzabstimmungen im Parlament einzuführen. Infolge der herrschenden Corona-Pandemie werden die Sitzungen online durchgeführt.
31.05.2021	Ab dem heutigen Tag gilt ab der 4. Klasse wieder vollständig Präsenzunterricht. In den letzten zwei Wochen fand der Unterricht im Wechsel als Distanz- und Präsenzveranstaltung statt. Seit Oktober 2020 wurde Distanzunterricht praktiziert. Die Maßnahmen wurden zum Schutz vor der herrschenden Corona-Pandemie getroffen. Die Klassen 1 bis 3 haben bereits seit Anfang Mai wieder Präsenzunterricht.

CHRONIK

18. – 31. Mai 2021

18.05.2021	Der stellvertretende Außenminister Szymon Szykowski vel Sęk nimmt an der online-Sondersitzung der EU-Außenminister zur Eskalation des israelisch-palästinensischen Konfliktes teil. Polen sei beunruhigt über die gewalttätige Eskalation, die dramatische humanitäre Lage im Gazastreifen und die vielen zivilen Todesopfer. Israel habe das Recht auf Selbstverteidigung, allerdings müssten seine Militärmaßnahmen im Gazastreifen angemessen sein und mit dem Völkerrecht übereinstimmen.
18.05.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki kündigt bei einem Besuch in Rzeszów an, dass dort ein Forschungs- und Entwicklungszentrum für Wasserstoff entstehen soll. Dies sei ein Beitrag auf dem Weg zur Klimaneutralität. Polen liege weltweit auf Platz 5 der Wasserstoffherzeuger und auf Platz 3 in der Europäischen Union.
20.05.2021	Der Sejm wählt die Richterin Katarzyna Chmura (Malbork) in den Landesjustizrat (Krajowa Rada Sądow-nictwa – KRS). Für Chmura, die von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vorgeschlagen wurde, stimmten 229 Abgeordnete, 32 gaben eine Gegenstimme ab und elf enthielten sich. Die Abgeordneten der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), von Die Linke (Lewica) und Polen 2050 (Polska 2050) nahmen nicht an der Abstimmung teil.
21.05.2021	Adam Bodnar, Bürgerrechtsbeauftragter der Regierung, sagt bei seinem letzten Auftritt im Sejm, dass in Polen in den letzten sechs Jahren ein bisher nicht gekanntes Chaos in der Justiz aufgetreten sei. Die Verfassung und die Gewaltenteilung würden verletzt, es gebe Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit und den demokratischen Standards. Für das Jahr 2020 führt er u. a. Beschwerden beim Bürgerrechtsbeauftragten wegen Einschränkungen von Freiheiten infolge der Bekämpfung der Corona-Pandemie sowie Beschwerden von LGBT-Personen an. Die Regierungsmitglieder sind zu Bodnars Stellungnahme nicht erschienen. Bodnar übt das Amt noch bis Mitte Juli aus; die reguläre Neuwahl eines Nachfolgers ist bisher mehrmals gescheitert.
21.05.2021	Das Außenministerium ruft die belarussischen Machthaber auf, die Repressionen gegenüber Journalisten einzustellen, die Grundwerte zu achten und einen konstruktiven Dialog mit der Opposition aufzunehmen. Hintergrund sind die Festnahmen von Mitarbeitern in belarussischen unabhängigen Medien heute und am Vortag.
21.05.2021	Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) ordnet an, dass Polen unverzüglich den Braunkohleabbau des Betreibers PGE in Turów (Südwestpolen) einstellen soll, bis ein Urteil über die Klage Tschechiens gefällt ist. Tschechien hat den EuGH angerufen, da es einen Zusammenhang zwischen dem Tagebau und dem sinkenden Grundwasserspiegel im Dreiländereck sieht. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki erklärt, die Anordnung sei unverhältnismäßig und nicht mit den Prinzipien der EU vereinbar. Polen werde nichts unternehmen, was seine Energiesicherheit beeinträchtigen könnte.
23.05.2021	Das Außenministerium bestellt den Chargé d'Affaires der Republik Belarus, Aleksander Czesnowski, ein und protestiert scharf gegen die erzwungene Landung eines Flugzeugs in Minsk (Belarus). Es handele sich um einen staatsterroristischen Akt, der unverzüglich von internationalen Institutionen aufgeklärt werden müsse. Nach der Landung wurden der belarussische Oppositionelle Roman Protasewitsch, und seine Lebensgefährtin Sofia Sapega festgenommen. Die Ryan Air-Maschine war auf dem Weg von Athen (Griechenland) nach Wilna (Litauen). Angeblich soll bei den belarussischen Behörden die Nachricht eingegangen sein, dass sich eine Bombe an Bord des Flugzeugs befinde.
24.05.2021	Marlena Małag, Ministerin für Familie und Sozialpolitik, sagt in einem Radiointerview, Polen unterstütze den Brief der internationalen diplomatischen Vertreter vom 17. Mai nicht, in dem diese zu Toleranz gegenüber LGBT-Personen aufgerufen haben. Polen habe seine Partner in der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) eingeladen, ein gemeinsames Dokument zu verfassen, in dem die herausragende Bedeutung der heterosexuellen Ehe und der traditionellen Familie bekräftigt wird.
25.05.2021	Der Chef der Obersten Kontrollkammer (Najwyższa Izba Kontroli – NIK), Marian Banaś, teilt mit, dass die NIK der Staatsanwaltschaft einen Straftatsverdacht in Bezug auf Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Michał Dworczyk, Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten, Innenminister Mariusz Kamiński und Jacek Sasin, Minister für Staatliche Aktiva, meldet. Morawiecki und Dworczyk wird vorgeworfen, ohne rechtliche Grundlage Vorbereitungen für die Wahl des Präsidenten per Briefwahl am 10. Mai 2020 angeordnet zu haben. Kamiński und Sasin seien ihrer Pflicht nicht nachgekommen, die Anordnung anzufechten. Das Pressezentrum der Regierung weist die Vorwürfe zurück. Die Präsidentenwahlen hatten wegen der Corona-Pandemie zunächst am 10. Mai per Briefwahl stattfinden sollen, wurden dann aber im Juni/Juli in der üblichen Weise als Präsenzabstimmung durchgeführt.

26.05.2021	Der Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten, Michał Dworczyk, gibt bekannt, dass ab Mitternacht der polnische Luftraum für belarussischen Flugzeuge gesperrt ist. Dies ist eine der Sanktionen der EU-Mitgliedsländer gegen Belarus, auf die sich die EU-Staats- und Regierungschefs geeinigt haben. Der Hintergrund ist, dass Belarus in der vergangenen Woche ein Flugzeug auf dem Weg von Athen (Griechenland) nach Wilna (Litauen) wegen einer angeblichen Bombendrohung zur Notlandung in Minsk veranlasst hatte. Der Passagier Roman Protasewitsch, ein belarussischer Oppositioneller, und seine Lebensgefährtin Sofia Sapega wurden anschließend verhaftet.
27.05.2021	Der Senat nimmt ohne Korrekturen das Gesetz zur Ratifizierung des europäischen Wiederaufbaufonds zur Überwindung der Folgen der Corona-Pandemie an. Die von der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) und der Polnischen Koalition – Polnische Bauernpartei (Koalicja Polska – Polskie Stronnictwo Ludowe/PSL) eingebrachte Präambel wird damit abgelehnt. Sie sollte regeln, wie die Finanzmittel des Wiederaufbaufonds in Polen eingesetzt werden. Zu der Ablehnung kam es, weil zwei Senatoren der KO, die online an der Sitzung teilnahmen, dagegen stimmten bzw. nicht abstimmten. Die Senatoren, Aleksander Pocij und Leszek Czarnobaj entschuldigten sich anschließend für das »Versehen«. Der Wiederaufbaufonds ist mit dem mehrjährigen EU-Finanzrahmen (2021–27) verknüpft.
27.05.2021	Der Verfassungsrechtler Marcin Wiącek wird für das Amt des Bürgerrechtsbeauftragten vorgeschlagen. Er ist der gemeinsame Kandidat der Oppositionsfraktionen Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), Polnische Koalition – Polnische Bauernpartei (Koalicja Polska – Polskie Stronnictwo Ludowe/PSL), Die Linke (Lewica), Polen 2050 (Polska 2050), des Abgeordnetenkreises Polnische Angelegenheiten (Polskie Sprawy) sowie einiger unabhängiger Abgeordneter. Außerdem unterstützt Jarosław Gowin, Parteichef des Regierungspartners »Verständigung« (Porozumienie), seine Kandidatur. Die Kandidatin der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) ist die unabhängige Senatorin Lidia Staroń.
28.05.2021	Der Sejm verabschiedet per Akklamation einen Beschluss zur aktuellen Lage in Belarus, den die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) eingebracht hat. Die Abgeordneten verurteilen die von Belarus erzwungene Notlandung eines Passagierflugzeugs in Minsk (Belarus) und die Verhaftung der Oppositionellen Roman Protasewitsch und Sofia Sapega als Akt des Staatsterrorismus und fordern ihre sofortige Freilassung. Sie rufen die Europäische Gemeinschaft und den Europarat zu Solidarität für die demokratische belarussische Zivilgesellschaft und gegen die belarussischen Machthaber auf. An die polnische Regierung appellieren die Parlamentarier, die Grundsätze der polnischen Asylpolitik und des internationalen Schutzes für politische Flüchtlinge aus Belarus zu lockern.
30.05.2021	Als ersten Programmpunkt seines zweitägigen Besuchs in Madrid (Spanien), trifft sich Ministerpräsident Mateusz Morawiecki mit Vertretern der Polonia und dankt ihnen für die Förderung der polnischen Sprache und Kultur. Für den nächsten Tag sind Treffen mit spanischen Unternehmen und polnisch-spanische Regierungskonsultationen vorgesehen.
31.05.2021	Jadwiga Wiśniewska, Europaabgeordnete von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), bestätigt in einem Interview im 1. Programm des Polnischen Radio (PR 1), dass im Europäischen Parlament eine neue konservative Fraktion u. a. mit PiS-Politikern gegründet werden soll. Dies sei eine Antwort auf den Linksruck der Europäischen Volkspartei (EVP). Am Vortag hat sich Matteo Salvini, Parteichef der italienischen Lega Nord, zum Zusammenschluss zu einer neuen Fraktion im Europäischen Parlament geäußert. Dazu finden bereits seit längerer Zeit Gespräche der Lega Nord, der PiS und der ungarischen Fidesz-Partei statt.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

VERANSTALTUNG

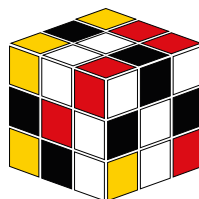


Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften
Deutsches Polen-Institut Darmstadt
Łazarski-Hochschule Warschau

laden Sie herzlich
zu einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz im Hybridformat ein

VON DER VERSÖHNUNG ZUR ALLTÄGLICHKEIT?

30 JAHRE DEUTSCH-POLNISCHE NACHBARSCHAFT. KONFERENZ



vom 17. bis 19. Juni 2021 in Warschau
und vom 24. bis zum 25. Juni in Oppeln
mitsamt Online-Übertragung

Am 17. Juni 2021 werden 30 Jahre seit der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vergangen sein. Aus diesem Anlass wollen wir eine Bilanz der vergangenen 30 Jahre ziehen und die Richtung für zukünftige Aktivitäten aufzeigen.

Dreißig Jahre nach der Vertragsunterzeichnung, auf den Tag genau, werden uns während der Konferenz in Warschau in Gesprächen mit Zeitzeugen die Ereignisse von 1990/91 näher gebracht. An den folgenden Tagen greifen Referentinnen und Referenten, Kommentatorinnen und Kommentatoren in thematischen Sektionen zentrale Themen für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen auf wie Wirtschaft, Sicherheit, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Zivilgesellschaft sowie Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Wir werden auch darüber diskutieren, wie die deutsch-polnische Kommunikation gefördert werden kann.

In Oppeln werden wir uns auf die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit konzentrieren. Über ihre Vorteile und Herausforderungen werden Vertreter von Unternehmen diskutieren, die diese mitgestalten. Darüber hinaus werden sich Experten und Praktiker über die Situation der Polen in Deutschland und der Deutschen in Polen austauschen.

- Das Programm der beiden Veranstaltungen ist beigefügt.
- Detaillierte Informationen finden Sie auf den Webseiten:
PL: http://bit.ly/30_pl_de
DE: https://bit.ly/30_de_pl
- **Mitveranstalter:** Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Friedrich-Ebert Stiftung in Warschau, Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)
- **Mitveranstalter der Veranstaltung in Oppeln:** Marschallamt der Woiwodschaft Oppeln, Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer
- **Konferenzsprachen:** Polnisch und Deutsch. Die Veranstaltungen werden simultan gedolmetscht.



ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2021 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>